

**ZUSAMMEN LEBEN,  
ZUSAMMEN WACHSEN.**

Design: NORDSONNE IDENTITY



# INHALT

## GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 4 **Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2020 – »Zusammen leben, zusammen wachsen.«**

## ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.

### Bedrohte Räume der Vielfaltsgesellschaft

- 6 **»Es ist eine Tragödie, dass unsere Kinder mit solchen Ängsten aufwachsen müssen.«** | Rede zum Terroranschlag auf die Synagoge in Halle | Marc Grünbaum
- 9 **Das wird man ja wohl noch fragen dürfen?** | Wenn ein parlamentarisches Instrument der Regierungskontrolle gegen zivilgesellschaftliches Engagement eingesetzt wird | Aninka Ebert
- 13 **Meine Kirche und der Antirassismus** | Warum tun sich Menschen in vielen Kirchengemeinden noch so schwer, in Situationen rassistischer Übergriffe Solidarität zu leben? | Sami Omar
- 16 **Antiziganismus in unserer Gesellschaft und was wir daran ändern können** | Sinti und Roma sind eine stark abgelehnte Minderheit in Deutschland – Gerade deshalb sind sie ein Thema für die Interkulturelle Woche | Dotschy Reinhardt

## Flucht und kommunale Handlungsmöglichkeiten

- 20 **Die Zivilgesellschaft als Motor lokaler Integrationspolitik** | Vermitteln – Moderieren – Lösen: Ihre Expertise ist unentbehrlich | Franziska Ziegler
- 24 **Was sich unterm Anker verbirgt** | Eine sächsische Politik-Posse mit Konsequenzen – Fatale Veränderung in der Unterbringungspolitik | Mark Gärtner
- 27 **Seebrücke – schafft sichere Häfen** | Was haben wir im vergangenen Jahr bewegt? Was können wir weiter tun? | Anja Sportelli

## Ankommen – Gestalten – Verteidigen

- 29 **Corona geht, Rassismus bleibt** | Wie bringen wir Hass, Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit unter Kontrolle? | Canan Topçu
- 32 **Gib nicht auf!** | Ein persönlicher Bericht vom Ankommen und dem Neustart in Deutschland | Pegah Khazeipoul
- 34 **Den Einstieg erleichtern** | Die Fach- und Servicestelle »Blickpunkt: Migrantinnen« in Sachsen-Anhalt setzt auf ein neues Modell zur Arbeitsmarktintegration von Frauen | Jennifer Heinrich

**6** **»Es ist eine Tragödie, dass unsere Kinder mit solchen Ängsten aufwachsen müssen.«**



© imago / Steffen Schellhorn

**16** **Antiziganismus in unserer Gesellschaft und was wir daran ändern können**



© Zentralrat Sinti und Roma

**24** **Was sich unterm Anker verbirgt**



© imago / Robert Michael

## ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 36 **Predigtanregung: Hoffnung für die Opfer von Gewalt** | Sylvia Bukowski
- 37 **Predigtmeditation: Gott will die Vielfalt seiner Menschen in Solidarität verbinden** | Michael Schäfer
- 37 **Fürbitte**
- 38 **Gebet, Liedvorschläge und Impuls**
- 39 **Sensibilität, gute Absprache und exakte Vorbereitung** | Hinweise für Gottesdienste mit Gläubigen anderer Religionen | Werner Höbsch

## IKW VOR ORT

- 40 **In Mainz ist die Interkulturelle Woche so wichtig wie die Fastnacht** | Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt feiert 2020 zum 45. Mal die Vielfalt ihrer Stadtgesellschaft | Steffen Blatt
- 42 **Good Practice** | Ideen und Anregungen für die Interkulturelle Woche
- 44 **Interkulturelle Woche: kurz erklärt** | Ein Animationsfilm zeigt, was die Aktionswoche ist und wo sie herkommt – Weitere Reihe mit dem Titel »IKW vor Ort«

## ANHANG

- 47 **Was, Wann, Wo – Termine**
- 48 **Impressum**

**Isolation betrifft viele. Seit Jahren. Die Interkulturelle Woche 2020 findet statt!** Das muss in diesem Jahr besonders betont werden, denn ohne IKW müssten wir damit rechnen, dass Rechtspopulisten und Rechtsextremisten versuchen, in freiwerdende gesellschaftliche Räume vorzudringen. Es ist wichtig, das Engagement aufrecht zu erhalten und zu zeigen, dass die Vielfaltsgesellschaft gut funktioniert, stark und solidarisch ist und auch in einer Krise niemanden zurücklässt – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status.

Im Heft zur Interkulturellen Woche finden Sie Themen, die exemplarisch aufzeigen, warum das Eintreten für die Grund- und Menschenrechte als Basis der liberalen und lebendigen Demokratie in Zeiten der Pandemie elementar ist. Missstände werden deutlicher sichtbar. Hygiene- und Abstandsregeln sind in Flüchtlingslagern aber auch in AnKER-Zentren kaum einzuhalten. Sparmaßnahmen und Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungswesen verschärfen die Situation. Und sie sind deutlich zu hören: Die Hass- und Hetzbotschaften, die Verschwörungstheorien, die sich gegen Jüdinnen und Juden, Geflüchtete, Sinti, Roma und überhaupt gegen als fremd markierte Menschen richten. Das geschieht angesichts der jüngsten Terroranschläge in Halle und Hanau und der Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union gegenüber den Schutzsuchenden, die auf der Flucht im Mittelmeer ums Leben kommen oder seit Jahren in Gefängnissen und Lagern ihrem Schicksal überlassen werden. Und der offensichtlichen Unverzichtbarkeit ausländischer Arbeitskräfte für Deutschland – von der Spargelernte bis zur Kranken- und Altenpflege.

Wir laden Sie ein, mit uns Formate zu entwickeln und vorzustellen, welche die IKW auch in diesem Jahr möglich machen. Denken Sie gerne im mittelbaren Kontakt mit anderen darüber nach, welche Formen sich eignen, unter dem diesjährigen Motto »Zusammen leben – zusammen wachsen.« ein Zeichen der Gemeinsamkeit und der Solidarität zu setzen. Und wir freuen uns, wenn die IKW vielleicht im Herbst auch live vor Ort stattfinden kann!

*Ihre Friederike Ekol*

## 29 Corona geht, Rassismus bleibt



© shutterstock / creativetan

## 39 Hinweise für Gottesdienste mit Gläubigen anderer Religionen



© shutterstock / Vladimir Melnik

## 44 Interkulturelle Woche: kurz erklärt



© ÖVA / Nordsonne Identity

# GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2020

BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION

## ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.

**D**ie Coronavirus-Pandemie hat unseren Alltag und das Leben von Menschen weltweit in drastischer Weise verändert. Die unmittelbaren Auswirkungen der Ausbreitung des Virus und entsprechende Schutzmaßnahmen stellen uns alle vor große Herausforderungen. Sie erfordern ständig neue, sorgsame Überlegungen und Entscheidungen, die unter Bedingungen der Unsicherheit getroffen werden müssen. Dabei wird uns deutlich, wie lebensnotwendig eine solidarische Grundhaltung in unserer Gesellschaft ist. Auch die Planungen zur diesjährigen Interkulturellen Woche sind von vielen Unwägbarkeiten betroffen. Wir möchten dazu ermutigen, kreativ nach Möglichkeiten und Formaten zu suchen, wie unser Motto »Zusammen leben, zusammen wachsen.« umgesetzt werden kann, um damit gerade in schwieriger Zeit ein starkes Zeichen der Gemeinsamkeit zu setzen.

Vor siebzig Jahren hat der Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention beschlossen. Sie beruht auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948, deren Inhalte damit völkerrechtlich bindend wurden. Damals bekräftigten die unterzeichnenden Staaten Europas ihren »tiefen Glauben an diese Grundfreiheiten, welche die Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bilden und die am besten durch eine wahrhaft demokrati-

sche politische Ordnung ... und eine gemeinsame Achtung der diesen Grundfreiheiten zugrunde liegenden Menschenrechte gesichert werden«, wie es in der Einleitung heißt.

Waren es im Jahr 1950 zunächst 14 Staaten, die die Konvention unterzeichneten, so haben inzwischen alle 47 Mitgliedsstaaten des Europarates diesen Schritt getan. Das ist eine Erfolgsgeschichte! Und doch zeigt sich bis heute, dass die kompromisslose Orientierung an den Menschenrechten und Grundfreiheiten im weiten Raum Europas keineswegs immer selbstverständlich ist. Auch in der Europäischen Union und selbst in Deutschland steht das politische Handeln vor der bleibenden Herausforderung, immer neu Maß zu nehmen an der Würde jedes einzelnen Menschen.

Nicht hinnehmbar ist es vor diesem Hintergrund, dass der Flüchtlingsschutz in Europa derzeit vielerorts ausgehöhlt wird, ja, dass Schutzsuchende auf europäischem Boden monatelang in Elend gehalten werden. Immer wieder scheint in Vergessenheit zu geraten, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten für jeden Menschen gelten – unabhängig von seiner Herkunft. Deshalb ist es ein Skandal, wenn Menschen, die sich für die Rechte Geflüchteter und die Menschenrechte einsetzen, diffamiert, bedroht und angegriffen werden.

Erst vor wenigen Jahren hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis erhalten. Sie wurde damit für ihren Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa gewürdigt. Heute aber umgibt sie sich mit neuen Mauern und Zäunen und richtet Lager an ihren Außengrenzen ein. Die dortigen Zustände sind mit der Achtung der Menschenwürde nicht vereinbar. Menschenrechte kennen keine Grenzen! Sie gelten auch für Flüchtlinge und Schutzsuchende in Europa, an dessen Rändern und vor den Toren unseres Kontinents.

Weil wir glauben, dass Gott jeden einzelnen Menschen aus Liebe ins Leben gerufen und ihm eine bedingungslose Würde geschenkt hat, müssen wir dort hinsehen, wo die Menschenwürde eingeschränkt und verletzt wird: In den Flüchtlingslagern in der Ägäis, auf der Balkanroute, auf dem Mittelmeer, in Syrien, in den Wüsten Afrikas – an so vielen Orten schreit das Elend zum Himmel. Wir erinnern daran, dass es Orte wie diese waren, wohin Gottes Sohn gegangen ist, um mit seinem Leben einzustehen für andere, damit sie leben können. Jesus Christus hat den Weg gesucht zu den Verachteten, zu den Ärmsten der Armen, zu denen am Rande der Gesellschaft, zu den Kranken, den Verfolgten, zu denen, die niemand mehr sehen will, die der Öffentlichkeit entzogen werden.

Die Schwächsten und die Kleinsten, die Kinder, hat Jesus in die Mitte geholt: »Und er rief ein Kind zu sich und stellte es mitten unter sie: Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf« (Mt 18,1.5). Es ist beschämend, wie schwer sich die Staaten Europas damit tun, schutzsuchende, kranke Kinder aufzunehmen und Familienzusammenführungen zu ermöglichen, und dies umso mehr, wenn ein Rechtsanspruch auf Familieneinheit besteht. Angesichts der durch das Corona-Virus hervorgerufenen Pandemie brauchen besonders die Schutzlosesten unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung, deshalb dürfen wir die Flüchtlinge in den überfüllten Lagern nicht noch länger weiteren Gefahren aussetzen.

Zu den Menschen an der Grenze ist Jesus gegangen, genau dorthin hat er Heil und Heilung gebracht: Wo es kalt und nass, wo es dreckig und lebensgefährlich ist, dort war und ist er solidarisch. Er nimmt das Elend auf sich, sitzt mit im Schlamm. Diesen Ort, draußen vor dem Tor, wählt er aus, um sich selbst zum Opfer zu geben – für diese zerrissene Welt. Dies ist der Ort, wo Gottes Heiligkeit aufleuchtet. »Darum hat auch Jesus, damit er das Volk heilige durch sein eigenes Blut, gelitten draußen vor dem Tor. So lasst uns nun zu ihm hinausgehen vor das Lager und seine Schmach tragen. Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir« (Hebr 13,12-14).

Jede und jeder Einzelne von uns ist eingeladen, Jesus zu folgen und mit ihm zu gehen. Es ist nicht leicht, sich an diese Orte zu begeben und genau hinzuschau-

en. Und es fordert uns heraus, Leid, Not und Schmach der Menschen an uns heranzulassen.

Wir sind denjenigen dankbar, die sich tatkräftig für die Rettung und den Schutz von Menschen einsetzen, die vor Elend und Krieg, vor Gewalt und Klimakatastrophen auf der Flucht sind. Wir begegnen diesem Engagement in unseren Kirchen, in Verbänden, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft. Mehr als 140 Städte haben als »Sichere Häfen« ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt. Damit zeigen sie sich solidarisch und bieten Zuflucht. Dass sich Unzählige in unserem Land, mitunter trotz Anfeindungen und Bedrohungen, nicht beirren lassen, demokratische Werte zu verteidigen und sich generationenübergreifend für Mitmenschlichkeit einzusetzen – das zeigt, wie stark unsere Gesellschaft ist.

Bei aller Unterschiedlichkeit, die unser Land auszeichnet: Wir brauchen einander, und wir tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Zukunft. Nach den brutalen Morden im Februar dieses Jahres in Hanau hat der Bundespräsident diese Notwendigkeit zum Zusammenhalt unterstrichen: »Wir stehen zusammen. Wir halten zusammen. Wir wollen zusammen leben.« Wo Menschen nicht als Nachbarinnen und Nachbarn, als Mitbürger wahrgenommen, sondern als »fremd« markiert werden, wo Menschen mit Migrationsgeschichte, die längst zur vielbeschworenen »Mitte der Gesellschaft« gehören, immer noch in Frage gestellt werden, da ist es höchste Zeit, dass wir unsere Stimme erheben und uns unmissverständlich für Respekt und Nächstenliebe, für Frieden und eine

gemeinsame Zukunft einsetzen: »Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir« (Hebr 13,14). Gemeinsam sind wir unterwegs auf der Suche nach der neuen Stadt, die uns durch Jesu Opfer verheißen ist: die Wohnstätte, die allen Menschen gehört, in der alle zuhause sind.

Unsere Aufgabe als Gesellschaft ist es, auf der gemeinsamen Grundlage demokratischer Werte unterschiedliche Interessen in den Dialog zu bringen und immer wieder auszuhandeln, wie wir leben wollen. Dazu braucht es die Bereitschaft, Vielfalt auszuhalten, damit Teilhabe gestaltet werden kann. Wir selbst müssen anders und neu werden und dürfen dies nicht nur von anderen erwarten. Wenn Gott uns das zutraut und aufträgt, dann schenkt er uns auch die Kraft dazu.

Die Interkulturelle Woche kann mit kreativen Formen zeigen, dass wir gemeinsam wachsen können, auch unter schwierigen Bedingungen. Wir danken den Veranstalterinnen und Veranstaltern der über das ganze Land verteilten Initiativen und Aktionen, die einen ungeheuren Reichtum unserer Kultur repräsentieren. Und wir danken für den Mut, die Zuversicht und das beharrliche Einstehen vieler Menschen für Demokratie und Zusammenhalt. Nutzen Sie die Chancen, die die Interkulturelle Woche bietet, und seien Sie herzlich willkommen!

**Bischof Dr. Georg Bätzing**  
Vorsitzender der Deutschen  
Bischofskonferenz

**Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm**  
Vorsitzender des Rates der Evangelischen  
Kirche in Deutschland

**Metropolit Dr. h.c. Augustinos  
von Deutschland**  
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofs-  
konferenz in Deutschland

# ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.

## BEDROHTE RÄUME DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

### »ES IST EINE TRAGÖDIE, DASS UNSERE KINDER MIT SOLCHEN ÄNGSTEN AUFWACHSEN MÜSSEN.«

Wir dokumentieren die Rede von Marc Grünbaum, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main. Sie wurde bei einer Kundgebung in Frankfurt/M. wenige Tage nach dem Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) im Oktober 2019 gehalten.

**F**reunde von mir haben einen elfjährigen Sohn. Er hat wohl die Gespräche über den Anschlag in Halle während der Mittagspause des Jom-Kippur-Gottesdienstes mitbekommen und war am Donnerstag so verängstigt, dass er abends nicht mehr in die Synagoge zum Abschluss des Jom Kippurs gehen wollte. Wir Erwachsene haben gelernt mit Bedrohungen umzugehen. Es ist eine Tragödie, dass unsere Kinder mit solchen Ängsten aufwachsen müssen. Sie kennen Bewachung durch Polizei und unsere eigenen Sicherheitskräfte, sie kennen Überwachungskameras, Zäune und Panzerglas, wir müssen ihnen beibringen, wie sie sich in Gefahrensituationen im Kindergarten oder in der Schule zu verhalten haben, aber die Gefahr bleibt dennoch für sie abstrakt. Die Gefahr bleibt immer so etwas wie ein Spiel, eine Phantasie in der kindlichen Vorstellungswelt. Halle hat die Bedrohung wie eine Verfilmung der Märchen der Gebrüder Grimm dem Reich der Fanta-

sie unserer Kinder entrisen. Und dies schmerzt und macht wütend.

Halle war weder der Anfang noch – so befürchte ich – wird es das Ende sein. Rechter Terrorismus hat auch nicht mit den NSU-Morden oder dem Mord an Walter Lübcke begonnen. Die Bedrohung von Juden, Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes in der Mitte der Gesellschaft, war nie verschwunden, ebenso wenig wie der Antisemitismus und der Hass, bis hin zu körperlicher Gewalt gegen religiöse, sexuelle oder ethnische Minderheiten. Die Pogrome auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 und die Anschläge und Ermordeten von Mölln im November 1992, der Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf im Juli 2000, die NSU-Morde, alleine 1800 Straftaten im Jahre 2018, die in einem Zusammenhang mit Hasskriminalität gegen Juden stehen. Wir sehen seit Jahren, dass eine geschichtsrevisionistische, menschenverachtende und demokratiefeindliche

Partei wie die AfD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt – durch bewusste Zweideutigkeiten und offene Toleranz gegenüber Rechtsextremen, Antisemiten und rechtem Gedankengut. Mit der AfD ist Hetze gegen Minderheiten in den Parlamenten der Bundesrepublik angekommen, eine Verrohung der Sprache und die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas, die unmittelbar zu dem Täter und den Taten von Halle führen. Alice Weidel, Alexander Gauland und Jörg Meuthen: Schämen Sie sich dafür und schämen Sie sich für Halle, den Weg dahin haben auch Sie bereitet.

Wer kann daher bei den Ereignissen von Halle so tun, als habe er von nichts gewusst, als hätte Halle die Augen für die Bedrohungslage jüdischen Lebens und das anderer Minderheiten erst geöffnet. »Wir wussten von nichts« darf für Deutschland nicht mehr gelten. Es möge auch niemand mehr so tun, als sei der Hass gegen Juden nur ein importiertes Schreckgespenst von

Die Tür der Synagoge in Halle  
mit Einschusslöchern.  
Hier versuchte der Attentäter  
vergeblich, einzudringen.  
Foto: imago / Steffen Schellhorn



einem anderen Planeten oder Kontinent. Der Attentäter von Halle ist 1992 in der Bundesrepublik geboren und hier aufgewachsen.

Der Anschlag in Halle ist nicht nur eine Schande für dieses Land, wie es der Bundesinnenminister formuliert hat, er ist auch eine Schande für die Politik,

**»Wir wussten  
von nichts« darf  
für Deutschland  
nicht mehr gelten.«**

für unsere Bildungseinrichtungen, für Verfassungsschutz, die Polizei, die gesellschaftlich relevanten Organisationen und für jeden Einzelnen von uns. Denn jeder Einzelne ist verantwortlich für unsere Gesellschaft und das gesellschaftliche Klima, in dem Hass wächst und Täter heranwachsen. Täter haben Freunde, eine Familie und auch der Täter von Halle – ein Holocaust-Leugner – hat eine Schule besucht, in der er hätte lernen müssen, dass die Shoa, die Ermordung von sechs Millionen Juden, geschichtliche Wahrheit ist. Was bleibt sind Fragen über Fragen: Warum hat niemand erkannt, dass sich ein in der Bundeswehr an Waffen ausgebildeter junger Mann derart ideologisch radikalisiert? Warum wurden seine hasserfüllten Worte nicht ernst genommen?

Wo bleibt die Sensibilisierung innerhalb der Gesellschaft? Wo bleibt das Einschreiten der »Anständigen«? Wo ist die Zivilcourage, für die doch eigentlich kein Mut notwendig sein dürfte, weil sie selbstverständlich sein sollte?

Halle hat sofort die Frage der Sicherheit der jüdischen Gemeinden in Deutschland aufgeworfen. Und es ist richtig, wenn Halle mit der Verstärkung des Schutzes durch die Polizei für jüdische Einrichtungen beantwortet wird. Und es ist richtig, wenn Halle die Frage aufwirft, warum jüdische Gemeinden mit erheblichen eigenen finanziellen Mitteln für ihren eigenen Schutz und den ihrer Mitglieder aufkommen müssen.

Aber wir dürfen nicht Halt machen bei der Erhöhung von Sicherheitsvorkeh-

## »Der beste Schutz für Juden in der Bundesrepublik ist die Bekämpfung von Antisemitismus«

rungen durch personelle und sicherheitstechnische Aufrüstung. Ein sicheres jüdisches Leben in Deutschland darf nicht von Technik abhängig sein. Der beste Schutz für jüdische Gemeinden, für Juden in der Bundesrepublik ist die Bekämpfung von Antisemitismus – und auch das muss an dieser Stelle gesagt werden: Von JEDER Art des Antisemitismus, aus welcher Ecke er auch kommen mag! Die Erhöhung von Sicherheitsvorkehrungen darf nur das Ziel haben, die Zeit zu erkaufen, um den Hass in den Köpfen der Menschen, um Vorurteile, Antisemitismus und Menschenverachtung zu bekämpfen und zu beseitigen. Denn der beste Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist eine offene, eine plurale, eine demokratische Gesellschaft, in der alle aufstehen gegen Antisemitismus und Hass gegen den Anderen oder das Andere. In der jeder Einzelne im Alltag einschreitet gegen Unrecht, Vorurteile und die Herabwürdigung von Menschen. Diese Verantwortung muss die Gesellschaft und jeder Einzelne erkennen.

Marc Grünbaum ist Rechtsanwalt und wurde 1970 geboren. Er ist Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main und zudem Dezernent für Kultur, die frühkindliche Erziehung (Krabbelstube, Kindergärten und Hort), das Jugendzentrum »Amichai« sowie für Jugend und junge Erwachsene.



**Kontakt:** [mailto@jg-ffm.de](mailto:mailto@jg-ffm.de)

Foto: Jüdische Gemeinde Frankfurt

## »ES IST UNSER RECHT, KONKRETES HANDELN EINZUFORDERN«

Die Politik und die Politikerinnen und Politiker müssen jenseits von bestimmt wohlgemeinten Kippa-Veranstaltungen und plattitüdenhaften Worten konkrete Konzepte im Kampf gegen das, wofür Halle steht, entwickeln und umsetzen. Wieso wird zum Beispiel nicht ernsthaft darüber nachgedacht, jedem Schüler und Jugendlichen die authentischen Orte der Shoa zu zeigen, wenn wir wissen, dass es noch immer Menschen gibt, die unser Bildungssystem durchlaufen haben und die Shoa leugnen. Es ist längst Zeit und nicht erst seit Halle berechtigt und unser Recht, endlich konkretes Handeln einzufordern. Wir müssen vor allem in Bildung und Aufklärung investieren, wir müssen dafür sorgen, dass der soziale Frieden in unserem Land gewahrt bleibt, wir müssen dafür sorgen, dass wir Werte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und politischen Systems definieren und durchsetzen. Wir müssen diejenigen, die aus rechten oder generell radikalen Milieus aussteigen wollen, unterstützen. Und da wo Bildung, Aufklärung und die Bereitschaft der Gesellschaft zur zweiten Chance nicht mehr helfen, da müssen wir die vorhandenen Instrumente unserer Verfassung und des Rechtsstaates der wehrhaften Demokratie vollumfänglich einsetzen.

Unsere Rechtspolitiker müssen darüber nachdenken, ob Strafe das einzige Mittel zur Bekämpfung von Hass und Rechtsextremismus sein kann. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Minderheiten in diesem Land ein lebendiges, ein selbstbewusstes und selbstdefiniertes Leben führen können – denn Minderheiten sichtbar zu machen, ist der Beweis und das Bekenntnis zu ihnen und zu einer pluralen Gesellschaft.

## »DIE ANTWORTEN MÜSSEN VON DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT KOMMEN«

Wir, die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und in Frankfurt, sind bereit, diesen Weg mitzugehen und mitzugestalten. Denn dies ist unser Land, es ist für die ganz überwiegende Zahl unserer Mitglieder ihre Heimat, ihr Zuhause. Die jüdische Gemeinschaft ist ein vitaler und integraler Teil der Gesellschaft. Aber die Antworten müssen von der Mehrheitsgesellschaft kommen und denjenigen, die dieses Land führen. Und dies ist ihre Pflicht, die wir einfordern. Halle darf nicht nach dem Abflauen des ersten Schocks und der unmittelbaren Betroffenheit ein weiteres geschichtliches Ereignis in der Chronik der Bundesrepublik werden. Halle muss der Beginn eines ernsthaften und nicht nur symbolhaften Umdenkens werden.

Wir, die jüdische Gemeinschaft, werden uns trotz der Ereignisse von Halle weder einschüchtern oder verängstigen lassen, noch uns hinter erhöhten Mauern oder Sicherheitsschleusen verstecken. Wir wollen, dass Judentum und jüdisches Leben nicht nur im Zusammenhang mit Gewalt, Hass oder Ausgrenzung steht. Wir wollen, dass Judentum, dass jüdische Kultur lebendig, positiv und als Bereicherung wahrgenommen wird, und wir werden unser Judentum selbstbewusst weiterhin leben. Es geht dabei um jeden Einzelnen – und um unsere Gesellschaft im Ganzen. ❖





# DAS WIRD MAN JA WOHL NOCH FRAGEN DÜRFEN?

Wenn ein parlamentarisches Instrument der Regierungskontrolle gegen zivilgesellschaftliches Engagement gerichtet wird



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

**Aninka Ebert**

Von Beginn an machte die AfD von ihrem Fragerecht mit Kleinen Anfragen intensiv Gebrauch. Verwaltungswissenschaftler kritisieren ihre schiere Menge und Politologen sehen eine mögliche Instrumentalisierung.

Auch Teilnehmer\*innen der Veranstaltungen der Bundesakademie für Kirche und Diakonie im Themenfeld Gemeinwesenarbeit berichten, dass ihre Arbeit durch Kleine Anfragen der AfD behindert wird: zusätzlicher Verwaltungsaufwand, Einschüchterung, Infragestellen von Fördermitteln, Zurückhaltung offener AfD-Kritik. Die Teilnehmer\*innen kommen aus kirchlichen und wohlfahrtlichen Einrichtungen, aus Programmen

der Sozialen Stadt und lokalen Projekten. Da sie einen repräsentativen Teil der Zivilgesellschaft darstellen, kann die oben genannte Problemlage als strukturell bezeichnet werden.

Wie ist es also möglich, dass ein parlamentarisches Kontrollinstrument so direkt in die Zivilgesellschaft hineinwirkt? Und wie können sich Organisationen und ihre Mitarbeiter\*innen vor Angriffen

fen, die durch parlamentarische Instrumente legitimiert sind, schützen?

### EINFACH, SCHNELL UND MEDIENWIRKSAM: DIE KLEINE ANFRAGE

Die Kleine Anfrage ist eines der wichtigen Mittel der Opposition im Parlament, um die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. In den meisten Landesparlamenten können bereits einzelne Abgeordnete eine Kleine Anfrage stellen. Die jeweilige Regierung ist verpflichtet, sie nach aktuellem Kenntnisstand und innerhalb kurzer Zeit zu

beantworten. Die Fragen werden zusammen mit den Antworten und allen Anlagen veröffentlicht.

Wer viele Anfragen stellt, suggeriert eine hohe Aktivität. Kleine Anfragen können auch der Repräsentation der eigenen Arbeit dienen und sind daher für AfD-Abgeordnete in den Landtagen besonders interessant. Kleine Anfragen sind schnell formuliert und lassen sich mühelos standardisieren. AfD-Abgeordnete kopieren zuweilen komplette Anfragen aus anderen Landtagen.

Von allen Parteien sind nur auf den Webseiten der AfD eigenständige Bereiche für Kleine Anfragen eingerichtet. Viele Abgeordnete bereiten diese zusätzlich journalistisch auf und ergänzen sie um thematische Fotos, die die Stoßrichtung der Anfrage visuell verstärken und polarisierend verkürzen. Diese medienwirksame Aufbereitung ist hoch-effizient. Medien erhalten kostenlose Artikel, die der Aufmerksamkeitsökonomie folgen, und gleichzeitig erhält eine netzaffine Sympathisant\*innen-Szene Material für ihre Agitation in den sozialen Medien. Kleine Anfragen eignen sich daher für die AfD-Strategie, Risse im gesellschaftlichen Konsens zu verstärken und tragen zu einer Verschiebung des Sagbaren bei.

### DIFFAMIERUNG, DISKREDITIERUNG, KONTROLLE

Die Themenschwerpunkte der Anfragen sind in der Mehrheit Migration, Flucht und innere Sicherheit, denn bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass auch viele Anfragen zu anderen Themen im Kern auf eben diese Schwerpunkte zielen. Geht es zum Beispiel um Bildung, dann um Kinder, die aufgrund ihrer Herkunft angeblich das Lernniveau in der Schule absenken oder Schulen zu unsicheren Orten machen würden. Kritische Fragen zur Finanzierung treffen vor allem Einrichtungen, die Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund oder Geflüchtete erreichen. Auch werden Fragen zu Vorkommnissen gestellt, die nicht geschehen sind, z.B. zu vermeintlichen Straftaten von Geflüchteten. Auch wenn diese in der Antwort offiziell als ungeschehen erklärt werden, bleibt die Anschuldigung als Generalverdacht virulent.

Um die selbst erklärte Strategie der AfD nachzuvollziehen, mithilfe parlamentarischer Mittel die gewachsenen zivilgesellschaftlichen Strukturen zerstören zu wollen, lohnt eine Recherche auf der Webseite [www.kleineanfragen.de](http://www.kleineanfragen.de). In der Datenbank mit allen parlamen-

### Umgang mit dem Phänomen der »Shrinking Spaces« in den Partnerschaften für Demokratie.

Die Handreichung befasst sich mit den Ergebnissen der begleitenden Untersuchung zum Programm »Partnerschaften für Demokratie«, das in allen Bundesländern von 2015 bis 2019 durchgeführt wurde.

84 Prozent der 254 Koordinator\*innen meldeten demnach Vorfälle von Anfeindungen und Bedrohungen in ihren Regionen, 42 Prozent stellten aktive Versuche der Behinderung durch Kampagnen der Diffamierung und Delegitimierung fest.

Die Analyse zeigt, dass Projekte und Initiativen systematisch angegriffen werden, die durch Bundesförderprogramme finanziert sind. Die Angriffe zielen damit auf Strukturen der demokratischen Kultur. Ausmaß, Bedrohung und ihre Wirksamkeit sind von der regionalen Situation abhängig. Entscheidend ist die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren.

Die Studie stellt mögliche Gegenstrategien vor. Die ausgewählten Beispiele enthalten konkrete Handlungstipps für die Praxis, ergänzt von einer nach Bundesländern geführten Liste mit Beratungsangeboten.

**Andersch, S.; Bohn, I.; Karpf, M. (2019): Umgang mit dem Phänomen der »Shrinking Spaces« in den Partnerschaften für Demokratie.** Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Frankfurt am Main.



Zum Download:  
[www.iss-ffm.de/publikationen](http://www.iss-ffm.de/publikationen)



tarischen Anfragen lassen sich mithilfe der Stichwortsuche auch nach den ins Visier geratenen Organisationen, Initiativen und Einrichtungen recherchieren. Bestimmte Adressaten häufen sich: Stadtteil- und Jugendzentren, Kitas, kirchliche Einrichtungen und die Kirche selbst, Initiativen und Einzelpersonen in öffentlichen Funktionen, Migrant\*innenorganisationen, Träger bildungspolitischer Jugendarbeit. Ihre Gemeinsamkeit ist ihr Eintreten für eine offene Gesellschaft oder ihre klare Abgrenzung zur AfD.

Die Fragen sind so formuliert, dass die Antworten erstens Informationen über Organisationsstruktur, Kooperationen, Netzwerke, Personen, Verbindungen in die Verwaltung und zu Entscheidungsträger\*innen ergeben. Zweitens geben sie Auskunft über Finanzierung, Projektverläufe, Förderhäufigkeit, Beteiligungen, Besitzverhältnisse oder Immo-

bilien. Je nach Projektumfang und regionalem Bezug lassen sich Rückschlüsse auf beteiligte Personen ziehen.

### **BEDEUTUNG FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE**

Zivilgesellschaftliche Akteure sind nicht immer Personen des öffentlichen Lebens, sie handeln jedoch in der Öffentlichkeit. Da Kleine Anfragen und ihre Antworten veröffentlicht und medienwirksam verstärkt werden, kann allein die namentliche Nennung von Zuständigen oder Einrichtungen Bedrohungen nach sich ziehen. Die sozialen Netzwerke der AfD richten sich an die lokalen und regionalen rechtsoffenen, rechtspopulistischen oder rechtsextremen Strukturen, die auch »Feindeslisten« veröffentlichen.

Betroffene werden so in ihrer beruflichen Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Privat kann ein hoher Rechtfertigungsdruck entstehen und auch das eigene Sicherheitsgefühl stark beeinträchtigt werden.

### **SCHERE IM KOPF**

Auch wenn es der AfD bisher nicht gelungen ist, Träger über Fördermittelentzug existentiell zu treffen, zeigt ihre Strategie Erfolge, weil sie Konfliktvermeidungsstrategien hervorruft. Kooperationspartner\*innen ziehen sich aus Bündnissen zurück oder gehen sie erst gar nicht mehr ein. Veranstalter\*innen sprechen sich nicht mehr offen gegen die AfD aus, Texte und Titel werden begrifflich kreativ geglättet, die Absicht, Rechtsextremismus zu bekämpfen wird neutralisiert und um Islamismus und Linksextremismus erweitert.

Diese Reaktion auf die systematische Diskreditierung der Akteure und ihrer Arbeit bedroht Strukturen kleiner zivilgesellschaftlicher Initiativen, denn sie sind auf Projektgelder oder Kooperationen mit etablierten Organisationen mit guter Infrastruktur angewiesen.

### POLITISCHER RÜCKHALT – STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Recherchen zeigen, dass Vermeidungsstrategien in einem deutlichen Zusammenhang mit vermutetem oder tatsächlich geringem politischem Rückhalt stehen – insbesondere dort, wo die AfD eine starke politische Kraft ist und sich als Stimme des Volkes inszeniert. Je höher oder absehbar höher ihre Entscheidungsbefugnisse und ihr Zugang zu Informationen sind, je mehr also für die einzelne Person oder die Organisation auf dem Spiel steht, desto geringer ist der offene Widerstand. Hier zeigt sich, wie wichtig die Forderung nach

Aninka Ebert ist Sozialwissenschaftlerin und seit 2017 Studienleiterin in der Bundesakademie für Kirche und Diakonie. Im Programmbereich »Gemeinwesen inklusiv



entwickeln« arbeitet sie zu den Schwerpunkten Migration, Flucht und transkulturelle Kompetenz.

Foto: privat

**Kontakt:** [aninka.ebert@ba-kd.de](mailto:aninka.ebert@ba-kd.de)

einem Demokratiefördergesetz ist, das eine langfristige Förderung für Demokratie-Projekte und ihre Strukturen vorsieht.

### GEGENSTRATEGIEN

Betroffen sind alle Organisationen, Einrichtungen und Gruppen, die sich für eine plurale Gesellschaft einsetzen. Beratungsstellen empfehlen daher, sich vorzubereiten und nicht auf eine akute Situation zu warten. Wichtig ist es, Routinen zu entwickeln. Ein Blick auf [www.kleineanfragen.de](http://www.kleineanfragen.de) kann helfen, das Frageverhalten von Abgeordneten einzuschätzen. Wenn Beratungsstellen bereits recherchiert sind, können sie im Akutfall schnell eingebunden werden. Sie helfen dabei, Interventionsschwellen zu definieren sowie Kommunikationsstrategien zu entwickeln und diese zu erproben.

Wichtig ist, auch in Politik und Verwaltung Verbündete zu suchen – diejenigen also, die für die Beantwortung der Anfragen verantwortlich sind. Nicht immer halten sie Rücksprache mit den Betroffenen, und gerade in kleinen kommunalen Verwaltungen werden Anfragen nicht immer mit der gebotenen Achtsamkeit bearbeitet und unnötig Details veröffentlicht.

Für aktuell Betroffene empfehlen Beratungsstellen vor allem, Ruhe zu bewahren. Kleine Anfragen lassen sich oft mit dem beantworten, was ohnehin öffentlich ist. Wenn der Gegenstand der Frage genau geprüft wird, kann sich der Aufwand sogar verringern.

### SELBSTSTÄRKUNG

In den Leitbildern der Initiativen, Organisation und Einrichtungen sind die Werte, die sich an einer pluralen und inklusiven Gesellschaft orientieren meist klar formuliert. Es kann stärkend sein, sich erneut damit zu beschäftigen und gemeinsam zu prüfen, ob die Formulierungen klar und belastbar sind. Betroffene erfahren auch eine große Solidarität, heimliche, aber auch offene Ermutigungen zum Weitermachen, zum Trotzen. Akteure, die vorher nicht kooperiert haben, rücken zusammen, werden Verbündete. Zusammenhalt, Aufklärung und klare Positionierungen können den Missbrauch des Instruments »Kleine Anfrage« wieder eindämmen, weil dann die Wirkmechanismen nicht mehr greifen. ❖

#### Weitere Informationen im Internet:

[www.bundesverband-mobile-beratung.de](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de) – Bundesweite kostenfreie Beratung und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus, auch zum Umgang mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten in kommunalen Gremien.

[www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/vielfalt-ohne-alternative/](http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/vielfalt-ohne-alternative/) – Übersicht nach Bundesländern zu Beratungsstellen und Initiativen

#### Weitere Texte zum Thema finden Sie auf unserer Homepage:

- Das Neutralitätsgebot im Unterricht | Hendrik Cremer
- Sinti und Roma – Sündenböcke in Krisenzeiten | Thomas Baumann
- Das Internetportal »Hate Aid«

[www.interkulturellewoche.de/materialheft/1](http://www.interkulturellewoche.de/materialheft/1)



# MEINE KIRCHE UND DER ANTIRASSISMUS

Warum tun sich Menschen in vielen Kirchengemeinden noch so schwer, in Situationen rassistischer Übergriffe Solidarität zu leben? – Ein persönlicher Bericht



Foto: shutterstock / Carlos andre Santos

**Sami Omar**

In ganz Deutschland bekennen sich Kirchengemeinden zu Antirassismus und Antidiskriminierung. Mit Kulturveranstaltungen, Diskussionsrunden, Protesten und vielem mehr verleihen sie ihrer Haltung Ausdruck. Dabei wird immer weniger oft das Fremde ausgestellt, um es wohlwollend zu begutachten, wie es bis vor wenigen Jahren in vielen Gemeinden noch üblich war. Heute wird öfter auf Augenhöhe gesprochen und immer mehr von Rassismus Betroffene sprechen für sich selbst.

Warum aber tun sich Menschen in vielen dieser Gemeinden noch so schwer, in Situationen rassistischer Übergriffe Solidarität zu leben?

Weißer Menschen genießen das Privileg, Rassismus nur aus Anschauung zu kennen. Alle Erzählungen weißer Menschen davon, wie auch sie einmal in der Minderheit waren und sich ausgegrenzt fühlten, greifen hier nicht. Denn Rassismus ist kein individuelles Erleben alleine, sondern eingebettet in eine gesellschaftliche Systematik, die Macht und Ohnmacht zugunsten der Mehrheitsgesellschaft verteilt.

Es ist eines der gängigsten Missverständnisse weißer Menschen über Rassismus, dass dieser die Opfer in einer spezifischen Situation individuell trafe. Er stellt sie aber vielmehr als Teil einer minderwertigen Gattung dar und beraubt sie so ihrer Individualität. Das Privileg, als Individuum verachtet zu werden, gibt es im Rassismus nicht. Es ist ein weißes Privileg. Deshalb ist es

**»Solidarität mit den Opfern funktioniert nur über das Bewusstsein eigener Rassismen und Privilegien.«**

so wichtig, dass Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, Rassismus verstehen lernen.

Solidarität mit den Opfern funktioniert nur über das Bewusstsein eigener Rassismen und Privilegien. Das macht es so schwer Antirassist\*in zu sein. Auch in der Kirche ist das so.

Zu oft wähen wir Christ\*innen uns durch das Christsein alleine schon als Menschenfreunde, Antirassist\*innen, als Gutmenschen im besten Sinne. Gerade Menschen aus Afrika wurde das Menschsein auch von Christ\*innen systematisch abgesprochen. Sie wurden über Jahrhunderte animalisiert, infantilisiert und so aus dem Kreis der Menschen herausgelöst, die gleich an Würde und Vermögen sind. Dieser Blick auf Schwarze Menschen ist in der Kirche immer noch lebendig. Auch wenn sich vieles gebessert hat.

Doch es fällt weißen Christ\*innen offenbar weitaus schwerer, bei rassistischen Übergriffen aktiv solidarisches Verhalten zu zeigen, als ihre Solidarität bei Veranstaltungen zu Themen wie »Vielfalt« und »Interkultur« zu bekunden. Das liegt sicher daran, dass Rassismus zunächst als solcher erkannt werden muss. Es mag auch daran liegen, dass es nicht immer leicht ist, die Not eines Opfers zu erkennen, wenn man selbst diese Not nicht kennt. Vor allem glaube

ich aber, dass Rassismus nicht zu unserem christlichen Selbstbild passt und wir deshalb geneigt sind, ihn in und um uns zu verleugnen. Diese Wahlmöglichkeit ist natürlich ein weißes Privileg.

### DREI BEISPIELE

Im Dezember 2016 erreichte den Pfarrer einer evangelischen Kirchengemeinde in Nordrhein-Westfalen ein Weihnachtsgruß der katholischen Nachbargemeinde. Die Kirche ist stadtbekannt für ihre Liberalität und Inklusion. Beide Gemeinden hatten lange an der guten Beziehung zueinander gearbeitet. Regelmäßige ökumenische Gottesdienste und eben solche nachbarschaftlichen Grüße waren Zeugnis dessen. Die Grußkarte enthielt eine vom Pfarrer handgeschriebene Adventsgeschichte des Autors Heinrich Waggerl (1897-1973) mit dem Titel »Warum der schwarze König Melchior so froh wurde«. Der Salzburger Starautor Waggerl war ein großer Verehrer Adolf Hitlers, dessen »befreiende Kraft einer wahr-

haft großen Menschlichkeit« er rühmte. Er wurde schließlich zum Landesobmann der Reichsschrifttumskammer im NS-Gau Salzburg ernannt.

In der Adventsgeschichte erzählt der Autor, eingebettet in eine Fülle von Rassismen, davon, wie der M\* Melchior aus dem Morgenland zum Jesuskind kommt. Auf dem Weg sah man ihn an, »als ob er in der Haut des Teufels steckte« und wo sie ihn sahen, »waren alle Kinder kreischend in den Schoß der Mutter geflüchtet.« Beim Jesuskind angekommen, berührt er es und »Als er (...) die Hände wieder löste, sah er das Wunder – sie waren innen weiß geworden! Und seither haben alle Mohren helle Handflächen, geht nur hin und seht es, und grüßt sie brüderlich.«

Viel interessanter als die althergebrachte und hochaktuelle Konstruktion Schwarzer Menschen als von Natur aus schlecht, unrein und der Erlösung bedürftig finde ich die Frage nach der Reaktion des Pfarrers, dem diese Ge-



Foto: ÖVA / Konstantin Bömer-NI

»Weil die Opfer von Rassismus sich nicht aussuchen können, wann sie zu Opfern werden, können sich Antirassist\*innen auch nicht aussuchen, wann sie solidarisch sein möchten und wann nicht. Nur durch ihre kategorische Dringlichkeit wird Solidarität glaubhaft.«

schichte als Weihnachtsgruß zukommt. Er findet sie »unmöglich« und »wundert sich« über den Kollegen, der sonst ja wirklich nett sei. Dann wägt er ab, ob ein Einwand seinerseits nicht die lange gepflegte und nicht unkomplizierte ökumenische Beziehung der beiden Gemeinden stören könnte. Er lässt die Karte noch einige Tage auf seinem Schreibtisch liegen. Er ist sich nicht sicher, was zu tun ist.

An einem Sonntag steht eine Pfarrerin in der Kirche ihrer Gemeinde. In gewissenhafter Freundlichkeit verabschiedet sie Menschen. Um sie herum werden Grüße ausgerichtet. Kinder werden angezogen und Konfirmanden stellen ihre Handys wieder auf »laut«. Ein Paar aus Mann und Frau kommt auf sie zu, zeigt auf einen Mann und fragt: »Was machen Sie eigentlich gegen die Moslems, die jetzt alles übernehmen wollen.« Der Mann, auf den sie zeigen, ist ein afrodeutscher Mann. Er wurde wenige Wochen zuvor in das Presbyterium der Kirchengemeinde gewählt.

Viel interessanter als die althergebrachte und hochaktuelle Konstruktion Schwarzer Menschen als von Natur aus bedrohlich und verschlagen finde ich die Reaktion der Pfarrerin auf die Frage des Paares. Sie beschließt, sie zu ignorieren.

Bei einem Kirchengemeindefest wird zum Essen eingeladen. Dicht drängen sich die Gäste im Gemeindesaal. Man wählt zwischen Linsensuppe und Gulasch. Manches Kind gerät aus dem Blick und beginnt das Mittagessen mit dem Nachtsch. Ein Mann und seine Frau haben einen freien Platz entdeckt. Sie wenden sich einer älteren Dame zu, die bereits an dem Tisch sitzt. »Ist hier bei Ihnen noch frei?«, fragen sie. Die Dame dreht sich zu ihren Freundinnen und sagt: »Hier sitzt der nicht. Überall Ausländer, das Pack!«

Viel interessanter, als die althergebrachte und hochaktuelle Konstruktion Schwarzer Menschen als minderwertig, finde ich die Reaktion des Pfarrers, der jetzt über die Situation informiert wird. Er hat viel um die Ohren an diesem Tag. Er sagt zu den Betroffenen, die ihn um Unterstützung bitten, seufzend: »Das ist auch Gemeinde!«. Er fügt an, die Damen seien »schwierig«. Dann muss er weiter. Nach einiger Zeit fasst er sich ein Herz, geht auf die Damen zu und sagt ihnen, dass in dieser Gemeinde »alle willkommen« seien.

### EINSAM IN DER GEMEINDE

Keine dieser Pfarrer\*innen ist Rassist\*in. Das weiß ich, weil ich in allen Beispielen der betroffene Schwarze Mann bin, der Presbyter der Gemeinde. Doch sie sind auch keine Antirassist\*in-

Der Autor, Sprecher und Moderator Sami Omar schreibt und arbeitet zu den Themen Migration, Integration, Rassismus und Diskriminierung. Er ist Kampagnenreferent und Mitarbeiter eines Fachdienstes für Integra-



tion und Migration bei einem großen deutschen Wohlfahrtsverband. 2018 erschien sein drittes Buch mit dem Titel »Sami und die liebe Heimat«.

Foto: privat

**Kontakt:** [www.sami-omar.de](http://www.sami-omar.de)

nen, weil sie von der Wahl Gebrauch machen, sich mit Rassismen auseinanderzusetzen, oder nicht. Das können, wie gesagt, nur sie, als weiße Menschen. Solidarität in einem antirassistischen Sinne bedeutet, dieses Privileg freiwillig aufzugeben. Weil die Opfer von Rassismus sich nicht aussuchen können, wann sie zu Opfern werden, können sich Antirassist\*innen auch nicht aussuchen, wann sie solidarisch sein möchten und wann nicht. Nur durch ihre kategorische Dringlichkeit wird Solidarität glaubhaft.

Ich habe das Presbyterium dieser Kirchengemeinde verlassen. Ich fühlte mich einsam, obwohl man sich in Gesprächen und Schreiben mit mir solidarisch erklärt hat und sehr freundlich war. Es war zu spät. »Die Frage nach dem Guten findet uns immer bereits in einer nicht mehr rückgängig zu machenden Situation vor: wir leben.«, schreibt Dietrich Bonhoeffer (D. Bonhoeffer in »Ethik«, Hrsg. E. Bethge, Chr. Kaiser Verlag 1956). Für die Gemeinde bestünde jetzt die Möglichkeit, sich mit Rassismus und ihrer Haltung dazu auseinanderzusetzen, damit die Frage nach »dem Guten« in dieser Sache jeden Tag aufs Neue gestellt wird und lebendig bleibt. Ich warte. ❖

# ANTIZIGANISMUS IN UNSERER GESELLSCHAFT UND WAS WIR DARAN ÄNDERN KÖNNEN

Sinti und Roma sind eine stark abgelehnte Minderheit in Deutschland – Gerade deshalb sind sie ein Thema für die Interkulturelle Woche

**Dotschy Reinhardt**

**S**inti und Roma haben ein gemeinsames Ursprungsland: Indien. Aber alle Gruppen leben seit Jahrhunderten in ihren angestammten Ländern. Die ersten deutschen Sinti wurden 1647 im Hildesheimer Grundbuch eingetragen. Deutsche Roma kamen gegen Ende des 19. und im 20. Jahrhundert nach Deutschland und leben – wie die deutschen Sinti – meist unbehelligt und gut integriert als deutsche Staatsbürger\*innen in den verschiedenen Bundesländern. Die »Burgenland-Roma« leben ebenfalls seit mehreren Jahrhunderten in Österreich. Das gilt auch für die italienischen Sinti oder die englischen Romanichal. Auch die rumänischen und bulgarischen Roma verbindet eine lange Geschichte mit ihren Ländern.

Die Förderung, Erhaltung und Freiheit von Kultur, Sprache und Identität der deutschen Sinti und Roma sind durch das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten gewährt. Neben den deutschen Sinti und Roma sind die Sorben, Friesen und Dänen als Minderheiten in den Bundesländern anerkannt.

Roma und Sinti sind historisch gewachsene Minderheitsgruppen, die sich über ihre Heterogenität als solche bezeichnen. Die acht bis zwölf Millionen Sinti

und Roma bilden zusammen die größte Minderheit Europas. Die Muttersprache beider Gruppen nennt sich »Romanes«, dessen Sprachwurzeln im Sanskrit liegen. Allerdings spiegeln auch hier die zahlreichen Dialekte die Heterogenität der Gruppen wider.

Roma und Sinti gehören zu jenen Volksgruppen, welche die europäische Kulturlandschaft maßgeblich mitgeprägt haben. Vielen ist beispielsweise gar nicht bewusst, dass der Flamenco von den Cale nach Spanien importiert und dort zum kulturellen Aushängeschild Spaniens wurde. Der europäische Jazz wurde von einem belgischen Manouche mit deutschen Wurzeln etabliert, dem Sinto Django Reinhardt. Sein musikalisches Erbe ist fester Bestandteil des Savoir-Vivre und gehört zu Frankreich und Paris wie der Eiffelturm oder der Champagner.

**»Roma und Sinti haben die europäische Kulturlandschaft maßgeblich mitgeprägt.«**

Zudem gab es aus den Reihen von Sinti und Roma Würdenträger, die ihrem Land treue Dienste leisteten. Wissenschaftler\*innen, Schriftsteller\*innen, Künstler\*innen und Musiker\*innen wie Philomena Franz, Ceija Stojka oder Mateo Maximoff; der aus London stammende und weltweit anerkannte Professor für Linguistik, Ian Hancock, der Gitarrist Carlos Santana, Robert Plant (Led Zeppelin) oder gar der große Charlie Chaplin sowie Rita Hayworth, der portugiesische Fußballer Ricardo Quaresma, die Schauspieler Michael Caine oder Bob Hoskins – sie alle sind und waren Sinti\*ze und Rom\*nja oder haben zumindest solche Wurzeln.

Die verschiedenen Gruppen von Sinti und Roma bilden in ihrer Vielfalt und ihrem kulturellen Reichtum die Diversität Europas per se. Sie bereichern ihre Länder.

**»KLISCHEES UND FEINDBILDER SIND AUF FREMDBESTIMMUNG ZURÜCKZUFÜHREN.«**

Trotzdem herrscht in der Gesellschaft häufig allenfalls Halbwissen vor über die Bürger\*innen, die seit Jahrhunderten in ihren angestammten Ländern integriert mit der Mehrheitsgesellschaft zusammenleben. Klischees und Feindbilder sind auf Fremdbestimmung zurückzuführen und auf den Antiziganismus, der fest in der europäischen





Gemeinsam mit dem Synagoga Ensemble Berlin musizierten die Roma und Sinti Philharmoniker am 26. Januar 2020 im Berliner Dom in Würdigung der Opfer und Überlebenden sowie zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau.

Foto: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



Das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Großen Tiergarten in Berlin südlich des Reichstags soll an den nationalsozialistischen Völkermord an den als »Zigeuner« verfolgten europäischen Sinti und Roma mit bis zu 500.000 Opfern erinnern.

Foto: Mike Peel, CC-BY-SA-4.0

## DER ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA

Eine bedeutende Rolle im Kampf gegen Antiziganismus und für die Anerkennung der Rechte von Sinti und Roma kommt dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dem daran angeschlossenen Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu. Der Zentralrat hat seine Wurzeln in der frühen Bürgerrechtsarbeit von Romani Rose, Reinhold und Ilona Lagrene und vielen anderen deutschen Sinti-Menschenrechtler\*innen der ersten Stunde.

Am 27. Oktober 1979 fand die erste Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Völkermord an 500.000 Roma und Sinti in Europa statt. Hinterbliebene organisierten sich zu einer Bürgerrechtsbewegung und machten in der Öffentlichkeit auf ihr Anliegen aufmerksam. 1980 traten Sinti in der KZ-Gedenkstätte Dachau in den Hungerstreik. Sie forderten die offizielle Anerkennung von Sinti und Roma als NS-Opfer, die Herausgabe von NS-Akten und die Einleitung von Verfahren gegen die noch lebenden Täter.

1982 wurde der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma gegründet. Am 21. Dezember 1982 wurde der Völkermord aus rassistischen Gründen an den europäischen Sinti und Roma unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt dann endlich anerkannt.

Mit ihrer Gedenkarbeit erinnern der Zentralrat, die Mitgliedsverbände und unabhängige Sinti- und Roma-Organisationen an die Sinti und Roma, die Opfer des Nationalsozialismus wurden. Am 2. August 2019 wurde bei einer großen Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau der Liquidierung der letzten im KZ verbliebenen Sinti und Roma am 2. August 1944 gedacht. Diesem Thema widmete sich auch die Evangelische Akademie zu Berlin und veranstaltete im November 2019 in Kooperation mit dem Landesrat der Roma und Sinti Berlin-Brandenburg e.V. eine Gedenkveranstaltung, bei der sich Berliner Schülerinnen auf Spurensuche nach den Sinti-Biografien von NS-Opfern begaben und diese Ergebnisse in einer Präsentation vorstellten.

**Kontakt:** Telefon: 06221 / 98 11 01  
E-Mail: [zentralrat@sintiundroma.de](mailto:zentralrat@sintiundroma.de)  
[www.zentralrat.sintiundroma.de](http://www.zentralrat.sintiundroma.de)

Rassenideologie verwurzelt ist. So kämpfen heute noch Angehörige dieser Minderheiten gegen Stigmatisierung und Fehlinterpretationen über ihr Leben und ihre Kultur an.

Es verwundert nicht, dass Sinti\*ze und Rom\*nja ihre Herkunft verschweigen – auch aus Angst davor, Diskriminierung in wichtigen Lebensbereichen wie Beruf, Wohnen, Gleichbehandlung bei Behörden und Bildung erfahren zu müssen.

Das Trauma der Verfolgung und der Massenvernichtung im Nationalsozialismus sitzt immer noch sehr tief in den Angehörigen dieser Minderheiten. Mindestens 500.000 fielen den Nazis zum Opfer. Nach dem Krieg blieb ihnen die Anerkennung als NS-Opfer aus rassistischen Gründen bis 1982 verwehrt und damit auch finanzielle Hilfe und Wiedergutmachung.

Obwohl es auf dem langen Weg zur Anerkennung und Wiedergutmachung Solidarität von Seiten der Politik gab, sind das Misstrauen und die Angst davor, erneut verfolgt und ausgegrenzt zu werden, tief verwurzelt. Und die aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland bestätigen diese Befürchtungen. Die Hetzreden von Populisten und Rechtsradikalen gegen alle, die nicht der eigenen Vorstellung von »Deutschsein« entsprechen, die auf nichts anderem als Hitlers Blut- und Boden-Ideologie basiert, finden mittlerweile in allen Bevölkerungsschichten Zuspruch und werden mit Wählerstimmen belohnt. Geistige Brandstifter unterstellen Eingewanderten aus Rumänien und Bulgarien Kriminalität und Sozialbetrug. Mit Sorge sehen wir diese Zunahme der verbalen Gewalt auch vor dem Hintergrund, dass Rassisten schon einmal dieses Land ins Elend stürzten. Dieser Rassismus betrifft uns alle. Es mag sein, dass Minderheiten wiederholt als erste darunter leiden – eine unfreie Gewaltherrschaft jedoch trifft jeden Menschen in Deutschland.

»Die Hetzreden gegen alle, die nicht der eigenen Vorstellung von »Deutschsein« entsprechen, finden mittlerweile in allen Bevölkerungsschichten Zuspruch und werden mit Wählerstimmen belohnt.«

### »ZUSAMMENARBEIT AUF AUGENHÖHE MIT DEN KIRCHEN«

Die Herausforderungen sind groß, aber es gibt Frauen und Männer, die sich dieser Verantwortung stellen und sich aktiv für Menschenrechte und gegen Rassismus einsetzen. Bündnisse, Netzwerke, Arbeitsgruppen und die daraus entstehenden Kooperationen sind ein gutes Werkzeug für den Austausch zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik und eine solidarische Arbeit.

Ein gutes Beispiel dafür ist der 2017 initiierte Arbeitskreis »Sinti-Roma-Kirche« (AKSRK), an dem sich sowohl religionsübergreifende Kirchenvertreter\*innen aller Bundesländer als auch Vertreter\*innen der Sinti und Roma Community beteiligen. Vorausgegangen war 1999 die Gründung des Arbeitskreises »Sinti/Roma und Kirchen in Baden-Württemberg« durch Prof. Dr. Andreas Hoffmann-Richter. Er wurde ins Leben gerufen, »um die Probleme von Antiziganismus und Diskriminierung in den evangelischen und katholischen Gemeinden in Baden-Württemberg ins Bewusstsein der Kirchen und ihrer Mitglieder zu heben«.



Ein Zeitzeuge spricht bei einem Workshop mit Schülerinnen und Schülern der Carl-Theodor-Schule in Schwetzingen

Foto: Nicola Höfs

Der bundesweite AKSRK trifft sich auf der Basis einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe einmal jährlich zu einer Tagung, um mögliche Aktionen und Kooperationen auszuloten, aber auch um Unausgesprochenes auf den Tisch zu bringen und sich mit Missständen auseinandersetzen, etwa bei der Aufarbeitung der Beteiligung der Kirchen am Nationalsozialismus und der damit einhergehenden Verfolgung der Sinti und Roma. Gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, braucht Transparenz und einen geschützten Ort, um auch schwierige Themen zu besprechen. Aber der AKSRK wirkt auch nach außen: So werden Veranstaltungen organisiert, wie beispielsweise der Gottesdienst und das Konzert zum Gedenken des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz, der in Zusammenarbeit mit vielen Beteiligten Anfang des Jahres im Berliner Dom stattfand.

Ein wichtiges Datum der europäischen Roma-Menschenrechtsbewegung ist der 8. April 1971. An diesem Tag trafen sich Roma zum ersten Welt-Roma-Kongress in London. Ziel war es, die soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für Roma langfristig durchzusetzen. Dort wurden die Hymne »Gelem, Gelem«,

die eigene Flagge und die Einigung auf die Selbstbezeichnung »Roma« festgelegt. Seitdem wird in vielen Ländern am 8. April der »Roma Day« begangen.

### »DIE ROMA- UND SINTI-VERBÄNDE SIND AKTIV UND KREATIV IN IHREN PROJEKTEN.«

Eine emanzipierte und selbstbestimmte Generation von Sinti und Roma ist seither herangewachsen, die an der Mitgestaltung ihres Landes interessiert ist und die für demokratische Werte wie Freiheit, Gleichbehandlung und Menschenwürde als Aktivist\*innen oder Privatpersonen eintritt. Sie engagieren sich in Initiativen wie »Initiative Rromnja«, einem Zusammenschluss von Berliner Roma- und Sinti-Frauen, die nicht länger hinnehmen wollen, dass die Ablehnung von Roma und Sinti, Feindseligkeiten und Gewalt gegen Roma und Sinti verschwiegen, bagatellisiert oder gar gerechtfertigt werden, oder dem »Sinti Power Club«, der jugendliche Sinti in Ravensburg fördert.

Die Roma- und Sinti-Verbände sind aktiv und kreativ in ihren Projekten. Mit thematisch gesetzten Kinoabenden,

Lesungen, Konzerten, Podiumsdiskussionen, Jugendfreizeiten und Bildungsausflügen zu verschiedenen Einrichtungen sollen Begegnungsorte, Kommunikation und Möglichkeiten zum Netzwerken zwischen Sinti und Nicht-Sinti geschaffen werden. Zudem werden Publikationen zum Thema veröffentlicht sowie Seminare und Tagungen abgehalten. All dies sind Formate, die sich gut für die Organisation der Interkulturellen Woche vor Ort eignen. Dabei ist es wichtig, die Dringlichkeit einer Aufnahme des Themas in die Interkulturelle Woche zu erkennen und diesem Rassismus genau so viel Beachtung wie anderen menschenfeindlichen Einstellungen zu schenken. ❖

Dotschy Dotschy Reinhardt ist Musikerin und Autorin sowie Vorsitzende des Landes-



rates der Roma und Sinti Berlin-Brandenburg e.V.

Foto: Uwe Hauth

**Kontakt:**

dotschy-reinhardt@web.de

## DIE ZIVILGESELLSCHAFT ALS MOTOR LOKALER INTEGRATIONSPOLITIK

Vermitteln – Moderieren – Lösen: Ihre Expertise ist unentbehrlich

**Franziska Ziegler**

Die Zivilgesellschaft ist eine zentrale Kooperationspartnerin in der kommunalen Integrationsarbeit. Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft wäre 2015 vielerorts die rasche Aufnahme von Schutzsuchenden undenkbar gewesen. Bei der Weiterentwicklung von kommunalen Integrationsstrukturen ist die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure heute weiterhin von großer Bedeutung. Und das gilt für große Städte genauso wie für kleinere, ländlichere Gemeinden.

Drehen wir die Uhren zunächst fünf Jahre zurück. Die Ankunft von Schutzsuchenden in Deutschland stellte die Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen auf eine Belastungsprobe. Gerade für kleinere Städte und Gemeinden war es häufig das erste Mal, dass sie sich mit den Themen Flucht und Asyl auseinandersetzen mussten. In Zeiten, in denen sich viele lokale Verwaltungen zunächst vorwiegend um die Unterbringung und unmittelbare Versorgung der Angekommenen kümmerten, waren es häufig die Ehrenamtlichen vor Ort, die Teilhabestrukturen auf den Weg brachten: Sie organisierten zeitnah Sprachkurse und Begegnungstreffen, fungierten als

Ansprechpersonen für Fragen des täglichen Lebens oder boten bei Verwaltungsgängen ihre Unterstützung an – auch im Rahmen der Interkulturellen Woche stieg die Zahl solcher (und vieler weiterer) Angebote sprunghaft an.

In der Zwischenzeit entwickelten Kommunalverwaltungen vielerorts integrationspolitische Strukturen (weiter). Integrationsbeauftragte oder -koordinator\*innen gibt es längst nicht mehr nur in den großen Städten; immer mehr Kommunen entscheiden sich dafür, ein Integrationskonzept zu entwickeln. Andere strukturieren die Verwaltung um, beispielsweise durch die Einrichtung einer spezifischen Einheit für Integrationsfragen.

Solche Entwicklungen sind jedoch längst nicht überall zu beobachten. Aus den Forschungsdaten der Arbeitsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim ist ersichtlich, dass gerade kleinere kreisangehörige Kommunen weiterhin eher zurückhaltend sind. Und auch wenn es vor Ort grundsätzlich Bestrebungen für eine aktive Integrationspolitik gibt, werden engagierte Akteure häufig mit rechtlichen wie strukturellen Herausforderungen konfrontiert: einem komplizierten Zuständigkeitsgeflecht zwischen unterschiedlichen föderalen

Ebenen einerseits und fachlichen Verantwortungsbereichen andererseits. Dazu kommen enge finanzielle Spielräume und – außerhalb der urbanen Ballungsräume – ländliche Infrastrukturen. Wie kann die Zivilgesellschaft vor diesem Hintergrund dazu beitragen, Integrationspolitik vor Ort zu verbessern?

### **KONTRA #1: »WIR SIND NICHT ZUSTÄNDIG«**

Bei der Integration von Geflüchteten bewegen sich Städte und Gemeinden in einem komplexen Zusammenspiel von Zuständigkeiten, das mitunter Unsicherheit bei den Kommunen hervorruft. Das gilt sowohl für die vertikale Ebene – die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen – als auch für die horizontale Ebene – die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Ämtern derselben Kommune. Die vertikale Aufgabenteilung sieht einerseits Aufgabenbereiche vor, die direkt von Bundes- oder Landesbehörden ausgeführt werden. Darunter fallen beispielsweise die Entscheidungen über den Asylantrag, die in Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getroffen werden.



**Willkommenskultur:** Am 5. September 2015 brachten Hunderte Freiwillige Lebensmittel, Getränke und Kleidung in den Hauptbahnhof in Frankfurt am Main, um Geflüchtete willkommen zu heißen, die mit Zügen aus München dort ankommen sollten.

Foto: Imago / epd

Andere Bereiche, etwa die Umsetzung des Aufenthaltsgesetzes oder die Unterbringung und Gewährung von Sozialleistungen, werden auf die kommunale Ebene delegiert und müssen von den Kommunen im Rahmen von weisungsgebundenen Pflichtaufgaben oder Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung ausgeführt werden. Und wieder andere Aufgaben befinden sich ausschließlich in der Hand der Kommunen: bei freiwilligen Aufgabenbereichen, wie beispielsweise der Koordination von Ehrenamtlichen oder der Organisation von zusätzlichen Sprachkursen, kann die Kommune frei entscheiden, ob und inwiefern sie tätig wird.

Gerade bei kleineren Gemeinden lässt sich anhand der Daten der Arbeitsgruppe ablesen, dass sich die Verwaltung häufiger auf die formalen Zuständigkeiten beruft, insbesondere die Unter-

bringung – die aktive Gestaltung von Integrationspolitik jedoch bei anderen Instanzen verortet. Eingeschränkte Spielräume scheinen tendenziell eher einen Anreiz zur Ablehnung als zur Übernahme von Verantwortung zu schaffen. Obwohl sich zahlreiche Kommunen auf fehlende Spielräume berufen, zeigt die Forschung, dass diese dennoch existieren. Die Zivilgesellschaft kann den Kommunen dabei helfen, diese Spielräume zu erkennen.

Des Weiteren können zivilgesellschaftliche Akteure dazu beitragen, lokale Prioritäten zu verschieben. Ehrenamtliche, lokale Initiativen, Vereine und Verbände sind nicht selten diejenigen, die ganz dicht an den Personen dran sind, die von den Maßnahmen des Bundes und des Landes angesprochen werden. Sie wissen, welche Bedarfe es vor Ort gibt und wo sich Fallstricke befinden.

Sie können wichtige Hinweise darauf geben, welche Formate praktikabel sind und welche eher weniger. Um Bedürfnissen vor Ort gerecht werden zu können, ist ihr Input bei der Entwicklung von zusätzlichen kommunalen Angeboten maßgeblich. Regelmäßige Austauschtreffen oder Runde Tische können den Informationsfluss zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen

»Die Zivilgesellschaft kann den Kommunen dabei helfen, Spielräume zu erkennen.«

»Nicht selten prallen sozialpolitische und ordnungspolitische Ansätze aufeinander. Die Zivilgesellschaft kann sich aktiv in diesen Aushandlungsprozess einbringen.«

Akteuren sicherstellen. In diesen Runden können ebenfalls notwendige Anpassungen oder Neuausrichtungen von Bundes- oder Landesprogrammen kommuniziert werden und über die Kommunalverwaltung an höhere Ebenen weitergereicht werden.

Auch die horizontale Aufgabenverteilung innerhalb derselben Kommune kann eine Herausforderung für die Entwicklung eines kohärenten lokalen Ansatzes darstellen. Selbst wenn es auf lokaler Ebene Bestrebungen für eine aktive Integrationspolitik gibt, kann die unterschiedliche Handlungslogik verschiedener Ämter unter Umständen der Schaffung neuer Strukturen oder der Weiterentwicklung bestehender Strukturen entgegenstehen. Nicht selten prallen sozialpolitische und ordnungspolitische Ansätze aufeinander.

Die Zivilgesellschaft kann sich aktiv in diesen Aushandlungsprozess einbringen. Als neutrale Partei kann sie beispielsweise die Prozesse zwischen den beteiligten Behörden moderieren und auf die Herbeiführung einer Lösung dringen. Durch ihre bewusste Beteiligung in Steuerungsrunden kann die Schaffung neuer Strukturen oder die Weiterentwicklung und Professionalisierung bestehender Strukturen vorangetrieben werden. In den vergangenen Jahren wurden in zahlreichen Kommunen Prozesse angestoßen, migrationsbezogene Aufgaben unter einem Dach zu bündeln. Zivilgesellschaftliche Akteure können diesen Prozess unterstützen, indem sie auf eine Balance zwischen Ressorts aus dem pflichtigen Aufgabenbereich – Aufenthalt, Unterbringung und Existenzsicherung – und den freiwilligen Maßnahmen der Integrationsförderung dringen.



Nach dem Ankommen folgte das Anstehen: Geflüchtete warten im Dezember 2015 auf dem Gelände des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LaGeSo). Dort befindet sich die Zentrale Aufnahmeeinrichtung des Landes Berlin für Asylbewerber\*innen.

Foto: Imago / Jens Jeske

## KONTRA #2: »ES FEHLEN DIE NÖTIGEN RESSOURCEN«

Neben dem rechtlichen Rahmen stellen auch strukturelle Rahmenbedingungen einen wichtigen Referenzpunkt für viele Kommunen dar, allen voran die finanzielle Situation und die Ländlichkeit. Steht die Kommune grundsätzlich finanziell nicht gut da, sind auch Gelder für die Integrationsarbeit knapp. Jedoch treten immer wieder Kommunen hervor, die trotz einer weniger guten Haushaltslage sehr aktiv in ihrer Integrationspolitik sind.

Wichtiger als die tatsächliche Situation erscheint die Wahrnehmung der lokalen Bedingungen. Ob finanzielle Mittel für Maßnahmen oder Strukturen, etwa für die Schaffung von erforderlichen Stellen aus kommunalen Mitteln, fließen, hängt somit auch vom politischen Willen ab.

Ähnliches gilt für das Argument der vergleichsweise schlechteren Infrastruktur in ländlicheren Räumen. Mobilität stellt hier auch ganz unabhängig von der Arbeit mit Schutzsuchenden häufig eine Herausforderung für die Bevölkerung dar. Für Geflüchtete und Personen, die in der Integrationsarbeit tätig sind, ist sie ein ständiger Begleiter: Ämter und Beratungsstrukturen decken häufig einen großen Radius ab; der öffentliche Nahverkehr dorthin verkehrt jedoch nur unregelmäßig. Solche strukturellen Bedingungen erschweren ohne Frage die lokale Integrationsarbeit.

Gleichzeitig muss ein vermeintlicher Nachteil nicht zwangsläufig zu einer weniger ausgeprägten kommunalen Integrationsarbeit führen. Eine schlechte Anbindung kann beispielsweise durch ehrenamtliche Fahrdienste, mobile Sprechstunden und durch den persönlichen Kontakt zwischen Politik und Wirtschaft ausgeglichen werden. Wichtiger als die strukturellen Bedingungen selbst erscheint auch hier der lokale Umgang damit.

Zivilgesellschaftliche Akteure können dazu beitragen, lokale Deutungsmuster zu betonen, die den Blick auf strukturelle Bedingungen verändern: Dies können beispielsweise humanitäre Überzeugungen sein. Ebenfalls als geeignet können sich demografische und ökonomische Argumente erweisen, die eine aktive Integrationspolitik mit den Zielen und Bedürfnissen der Kommune in Verbindung bringen – in ländlicheren Regionen zum Beispiel Bestrebungen gegen Abwanderung.

»Wichtiger als die tatsächliche Situation erscheint die Wahrnehmung der lokalen Bedingungen.«

Franziska Ziegler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim.



Sie forscht dort u.a. zu lokaler Integrationspolitik im Projekt »Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land«. Der Abschlussbericht erscheint im Mai 2020. Foto: privat

**Kontakt:** [franziska.ziegler@uni-hildesheim.de](mailto:franziska.ziegler@uni-hildesheim.de)

## FAZIT

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure waren nicht nur 2015 von großer Bedeutung für die lokale Integrationsarbeit; sie können auch heute einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung lokaler Integrationspolitik leisten. Ihre fachliche Expertise aus der Praxis sollte bei der Entwicklung neuer Programme von der Verwaltung auf allen Ebenen strukturiert eingebunden werden. Als neutrale Partei können sie bei Zuständigkeitskonflikten der Behörden moderieren. Und nicht zuletzt kann ihr lösungsorientierter Pragmatismus lokale Deutungsmuster betonen, die den Blick auf strukturelle Herausforderungen verändern. ❖



Weitere Texte zum Thema finden Sie auf unserer Homepage:

- Was bedeutet gesellschaftliche Vielfalt für den Zusammenhalt einer Kommune? | Kai Unzicker
- Im International Welcome Center in Heidelberg sitzen das Interkulturelle Zentrum und die Ausländerbehörde unter einem Dach | Steffen Blatt
- Die Seenotrettungsorganisation Sea-Eye: ein Rück- und Ausblick | Ursula Putz
- Ich verteidige Menschenrechte. Und du? – Aus der Praxis der Rechtsberatung | Jean-Marie Schaldach
- 70 Jahre Menschenrechte in Europa. Eine »Ode an die Menschenrechte« | Anelka Krizanovic

[www.interkulturellewoche.de/materialheft/2](http://www.interkulturellewoche.de/materialheft/2)



# WAS SICH UNTERM ANKER VERBIRGT

Eine sächsische Politik-Posse mit Konsequenzen –  
Fatale Veränderung in der Unterbringungspolitik

Mark Gärtner

Der Begriff »Ankerzentrum« hatte durchschlagenden Erfolg. Seitdem er 2018 im Koalitionsvertrag auftauchte, wurde er heiß diskutiert. Der Erfolg bemisst sich dabei nicht etwa in der – bislang ausgebliebenen – flächendeckenden Umsetzung von Zentren für die »Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung« Schutzsuchender. Sondern in der Aufmerksamkeit, die in den folgenden Monaten zumindest das sächsische »Ankerzentrum« in Dresden erhielt.

Für die Menschen, die in den nah beieinanderliegenden Aufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, hat sich durch die Einführung des »Ankerzentrums« im September 2018 nicht viel geändert. Denn als »Anker« bezeichnet das sächsische Innenministerium nicht etwa die Aufnahmeeinrichtungen, son-

dern ein Containerdorf in unmittelbarer Nähe. Dort arbeiten Mitarbeiter\*innen dreier Behörden: des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Bundesbehörde, der Zentralen Ausländerbehörde des Landes und des Dresdner kommunalen Gesundheitsamtes. Jedoch: »Das Aufnahme-procedure ändert sich nicht«, schreibt der sächsische Innenminister Roland Wöllner im August 2018. Auch an den konkreten Bedingungen der Unterbringung werden keine Veränderungen vorgenommen. Wöllner und Ministerpräsident Michael Kretschmer schienen zunächst sogar uneins ob der Einführung zu sein. »Es bleibt alles wie es ist«, meinte der Ministerpräsident am 16. Mai 2018, nur um einen Tag später gemeinsam mit seinem Innenminister klarzustellen, dass weiterhin die Aufnahmeeinrichtungen in Chemnitz, Dresden und Leipzig unterhalten werden, in Dresden aber dennoch ein »Anker« eingerichtet werde.

Am Ende sahen beide offenbar das Potential, mit dem griffigen Label »Anker« eine restriktive Lagerpolitik verkaufen zu können. Was sich genau hinter dem Begriff versteckt, schien dabei vollkommen egal zu sein. Die Posse, die die beiden damals ablieferten, hätte amüsant sein können. Doch steht der Begriff »Anker« beispielhaft für den Rechtsruck in der Gesellschaft, der sich ausgerechnet und insbesondere in der Asylpolitik niederschlägt.

## TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNG DURCH DIE HINTERTÜR – DIE »BLEIBEPERSPEKTIVE«

Das Dresdner »Ankerzentrum« ist ein wichtiges Symbol im sächsischen Diskurs zur Asylpolitik und darüber hinaus geworden. Faktische Auswirkungen hat es allerdings lediglich für Behördenmitarbeiter\*innen, die jetzt vor Ort arbeiten müssen.



Im Dezember 2018 informierten sich der sächsische CDU-Innenminister Roland Wöllner (links) und der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckard Sommer, im »Ankerzentrum« Dresden über die Arbeitsweise.

Foto: imago / Robert Michael



Als »Ankerzentrum« werden in Dresden nicht die Aufnahmeeinrichtungen bezeichnet, sondern ein Containerdorf, in dem Mitarbeiter\*innen von Behörden arbeiten. Foto: imago / Robert Michael



Abgelenkt wird hiermit von einer fatalen Veränderung in der sächsischen Unterbringungspolitik. Im Dezember 2018 beschloss der Landtag, dass Menschen mit einer unterstellten »Bleibeperspektive« von bis zu 20 Prozent Gesamtschutzquote 24 Monate in allen sächsischen Aufnahmeeinrichtungen leben müssen. Die Logik dahinter ist die, dass nur diejenigen die Chance auf kommunale Verteilung und das, was Integrationsmaßnahmen genannt wird, haben sollen, die tatsächlich auch bleiben werden. Allein am Beispiel der Menschen libyscher Staatsbürgerschaft offenbart sich die Realitätsferne dahinter: Eine Ablehnung erhielten nach bereinigter Schutzquote im Jahr 2019 bundesweit 59,7 Prozent aller Antragsteller\*innen libyscher Staatsbürgerschaft, jedoch wird nicht nach Libyen abgeschoben. Die Menschen werden also bleiben, können in Sachsen aber dennoch bis zu 24 Monate interniert werden. Eine in ihrer Wirkung wesentlich tiefgreifendere Veränderung hat sich damit spätestens 2018 wesentlich

weniger beachtet als das »Ankerzentrum« ins deutsche und sächsische Recht geschlichen: die rechtlich nicht normierte »Bleibeperspektive«.

### DRESDEN – PRÄZEDENZFALL FÜR UMFASSENDE VERÄNDERUNGEN

Es sind nur zwei Kilometer, die vom Sächsischen Landtag in der barocken Altstadt zur Hamburger Straße 19 in Dresden gelaufen werden müssen. Doch das alte Technische Rathaus, das heute als Aufnahmeeinrichtung fungiert, steht in einem Industriegebiet. Bahnschienen, Autohäuser, Brachflächen prägen das triste Bild. In unmittelbarer Nachbarschaft steht die sächsische Abschiebehaftanstalt wie eine Drohung für all jene, die eine negative Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erhalten. Nur zwei Mal um die Ecke gelaufen, und die Besucherin steht vor den Zelten der Aufnahmeeinrichtung Bremer Straße, im Behördenjargon »Leichtbauhallen«, in denen im Jahr 2020 immer

noch Schutzsuchende untergebracht sind.

Was dort geschieht, ist in verschiedenen Varianten Realität in vielen Lagern. Keine abschließbaren Sanitäreinrichtungen, eine als grundrechtswidrig kritisierte Hausordnung, die regelmäßige Zimmerdurchsuchungen ausdrücklich legitimiert und selbst geringfügige Verstöße mit Hausverboten sanktioniert, eine faktisch nicht vorhandene Identifizierung besonderer Schutzbedürftigkeit, Sanitäreinrichtungen auf dem Freigelände, kein Zugang für Nichtregierungsorganisationen, ständige Präsenz von Polizei, Einsätze mitten in der Nacht, um Menschen abzuschleppen. Ein Ort, an dem ständige Verunsicherung herrscht, in dem Gewalt vorprogrammiert ist und dessen Wirkung nicht nur auf Kinder und Jugendliche langfristige Folgen haben kann.

Fakt ist, dass bei sinkender Zahl neuankommender Schutzsuchender auch in Sachsen die Zahl der Menschen, die

»Es gilt bundesweit, eine Asylpolitik anzustreben, die eine menschenwürdige Unterbringung, effektive Wege der Gesundheitsversorgung und schnellen Zugang in Arbeit und Bildung für alle hier ankommenden Menschen ermöglicht.«

in den Lagern leben müssen, seit dem Jahr 2016 konstant um die 2000er Marke schwankt. Das heißt, dass Menschen auch fünf Jahre nach dem sogenannten »Summer of Migration«, massenhaft zur Perspektivlosigkeit verdammt werden.

Sie sind exponiert für physische, psychische, verbale, sexualisierte wie auch strukturelle Gewalt. Diese strukturelle Gewalt offenbart sich vor allem in der Vernichtung von Individualität. Im Inneren des Lagers gibt es keine Privatsphäre. Das einzige, was gewährt wird, ist ein Dach über dem Kopf und Nahrung. Sicherheit, Bildung, Selbstentfaltung, politisches Handeln sind Dinge, die in dieser Situation in weite Ferne rücken. Die Grundrechte der Internierten werden eingeschränkt und die Menschen verstummen. Wer dort Gewalt erfahren hat, gibt aus Angst vor den Konsequenzen oftmals nicht einmal eine Strafanzeige auf. Von außen

betrachtet verschwinden im Lager die Menschen vor den Augen der Mehrheitsgesellschaft hinter den regelmäßig veröffentlichten Belegungszahlen. Ihre Schicksale, ihre Wünsche, Fähigkeiten und Bedarfe verblassen hinter diesen Zahlen.

#### DER SÄCHSISCHE KOALITIONS- VERTRAG – LAGER WERDEN VERBESSERT, DIE PERSPEKTIV- LOGIK BLEIBT

Nach der Wahl zum Sächsischen Landtag am 1. September 2019 fanden sich CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD zu einer Koalition zusammen und präsentierten gegen Ende des Jahres einen Vertrag, der viel für die kommenden fünf Jahre verspricht – auch, was die Unterbringungspolitik betrifft. So besteht nun die Hoffnung auf ein Gewaltschutzkonzept in Sachsen, welches den Namen verdient sowie auf ein tatsächlich wirksames Clearingverfahren für besonders Schutzbedürftige. Das heißt, dass sie nicht nur identifiziert werden müssen, sondern ebenfalls ihre anschließende Versorgung und Unterbringung sowie bei Bedarf auch die Betreuung. Dass die Hausordnung für sächsische Aufnahmeeinrichtungen ebenso reformiert werden muss, liegt dabei auf der Hand. Ein Gewaltschutzkonzept kann noch so diffizil gearbeitet sein, es fällt in sich zusammen, wenn die Hausordnung Regelungen wie die genannten Zimmerdurchsuchungen enthält, die gewaltvolle Situationen produzieren.

Sachsen steht momentan vor zwei großen Aufgaben: Erstens, die Aufnahmeeinrichtungen derart auszugestalten, dass ein effektiver Gewaltschutz möglich ist und alle besonders Schutzbedürftigen mittels eines psychologischen und medizinischen Clearingverfahrens identifiziert und anschließend angemessen versorgt und untergebracht werden.

Der zweiten Herausforderung dagegen müssen sich nichtstaatliche Akteur\*innen weiterhin stellen: dem Kampf gegen die Logik der »Bleibeperspektive.« Es ist dieser Begriff, der massive Konsequenzen hat und Menschen weiterhin in Unterkünften halten wird, die ihnen nicht gut tun werden – egal, wie umfassend der Gewaltschutz ausgearbeitet sein wird. Von der Logik der wirkmächtigen »Bleibeperspektive« wegzukommen, die aus Schutzquoten eine »Integrationsfähigkeit« ableitet, ist nicht nur eine Herausforderung in Sachsen. Es gilt bundesweit, eine Asylpolitik anzustreben, die eine menschenwürdige Unterbringung, effektive Wege der Gesundheitsversorgung und schnellen Zugang zu Arbeit und Bildung für alle hier ankommenden Menschen ermöglicht. Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als das Asyl- und Aufenthaltsrecht erneut umzukrempeln. Nur diesmal nach Geboten, die Schutz und Würde versprechen und nicht genau diese versagen. Deshalb werden NGOs und Wohlfahrtsverbände weiterhin die Auswirkungen der Lagerpolitik in Sachsen wie der gesamten Bundesrepublik auf geflüchtete Menschen benennen, problematisieren und auf einen Politikwechsel hinwirken.

Am 2. Oktober 2020 ist der Tag des Flüchtlings, der im Rahmen der IKW stattfindet. An diesem Tag kann bundesweit Aufmerksamkeit für flüchtlingspolitische Themen generiert werden. Er sollte genutzt werden, um auf Missstände aufmerksam zu machen und nach Möglichkeit die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. ❖

Mark Gärtner studierte Politikwissenschaft und arbeitet als Pressesprecher in den Bereichen Politik, Vernetzung und Öffentlich-



keitsarbeit beim Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. Er ist außerdem in der Abschiebehaftkontaktgruppe Dresden aktiv.

Foto: Thomas Hoffmann

**Kontakt:** gaertner@sfrev.de

# SEEBRÜCKE – SCHAFFT SICHERE HÄFEN.

Was haben wir im vergangenen Jahr bewegt?  
Was können wir weiter tun?

Anja Sportelli

Die Bewegung SEEBRÜCKE wurde 2018 gegründet als Antwort auf die zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Malta und Italien waren dazu übergegangen, ihre Häfen für die Schiffe von Nicht-Regierungsorganisationen zu sperren. Die Schiffe mussten oft tagelang mit zahlreichen geretteten

Menschen in internationalen Gewässern ausharren, bis ein sicherer Hafen zugeordnet wurde.

## WAS HAT SICH VERÄNDERT?

Das Mittelmeer ist immer noch die tödlichste Grenze der Welt. Auch wenn sich durch den Italien-Libyen Pakt weniger Menschen auf die mittlere Mittelmeerroute begeben, war 2019 das

sechste Jahr in Folge, in dem über 1000 Menschen im Mittelmeer gestorben sind. Der Regierungswechsel in Italien führte zwar zu einer Entspannung, die Lage bleibt aber weiterhin prekär. Trotz des erlassenen Waffenembargos spitzt sich die Situation in Libyen zu. Wegen des Bürgerkrieges werden auch Menschen aus den dortigen Lagern gezwungen, in diesem Krieg mitzuwirken. Andere flüchten über das Mittelmeer.



Zwar sind wieder mehr Rettungsschiffe im Einsatz, dennoch ertrinken weiterhin Menschen oder werden in illegalen Push-Backs zurück nach Libyen gebracht. Alle Expertinnen und Experten sind sich aber einig: Libyen ist weniger denn je ein sicherer Hafen.

## WAS HAT DIE SEEBRÜCKE ERREICHT?

Es gibt inzwischen über 110 Ortsgruppen, die sich an den überregionalen Aktionen beteiligen oder in den Städten eigene Aktionen durchführen. So konnte die SEEBRÜCKE beispielsweise durch zahlreiche Demonstrationen, Infostände, Flashmobs und andere Aktionen bekannter werden. Expert\*innen der SEEBRÜCKE werden zunehmend für Beiträge angefragt, so dass das Thema in zivilgesellschaftlichen Debatten und in der Politik verankert werden kann.

Am erfolgreichsten ist aber ohne Zweifel die Kampagne »Sichere Häfen«. Mehr als 140 Städte und Gemeinden, sowie ganze Bundesländer haben sich inzwischen zu sicheren Häfen erklärt mit der Bereitschaft, Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, aufzunehmen. Das Bündnis »Sichere Häfen« wurde gegründet und erhöht den Druck auf die Landes- und die Bundesregierung.

Unter den Hashtags #WirHabenPlatz und #EvakuierenStattIgnorieren fand am 8. Februar deutschlandweit ein Aktionstag statt, der sich in erster Linie an die Abgeordneten der drei Regierungsparteien wandte. Bei der Aufnahme der unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln hat sich die Bundesregierung minimal bewegt. Leider gibt es aber noch keine direkte Zuweisung von aus Seenot geretteten Menschen in die sicheren Häfen. Die SEEBRÜCKE wird durch ihre Kampagnenarbeit und die Zusammenarbeit mit den Kommunen den Druck weiter erhöhen.

## WAS JEDER TUN KANN

Schreibt Briefe und Mails an die Bundstagsabgeordneten der Regierungsparteien. Fordert sie auf, Menschen in Not aufzunehmen. Besonders die Menschen in den griechischen Lagern benötigen unsere Hilfe. Vorlagen finden sich unter: [www.seebruecke.org/leave-noone-behind/aktionsideen/](http://www.seebruecke.org/leave-noone-behind/aktionsideen/)

Wenn auch Du die Arbeit der SEEBRÜCKE unterstützen willst: Gründe eine eigene Seebrückengruppe oder schließe dich deiner Ortsgruppe an. Alle wichtigen Informationen findest du unter: [seebruecke.org](http://seebruecke.org).

Anja Sportelli ist Aktivistin der SEEBRÜCKE. Sie gehört zum überregionalen Presseteam der Bewegung.



Foto: Thomas Kurhofer

**Kontakt:**  
[AnjaS@Seebruecke.org](mailto:AnjaS@Seebruecke.org)

Ebenfalls freuen wir uns über Spenden, um unsere politische Arbeit auch 2020 fortführen zu können! Wenn es in Eurer Stadt bereits eine SEEBRÜCKE-Gruppe gibt, dann zögert nicht, dort anzufragen, ob sie sich im Rahmen der Interkulturellen Woche und/oder zum Tag des Flüchtlings beteiligen wollen – zum Beispiel mit einer Aktion, einer Informationsveranstaltung oder einer Podiumsdiskussion mit politisch Verantwortlichen. So kann die IKW genutzt werden, um auf das Sterben im Mittelmeer aufmerksam zu machen und aufzuzeigen, dass Zivilgesellschaft und Politik in Deutschland Instrumente an der Hand haben, dies zu verhindern. ❖



Foto: Karl Waibel

# CORONA GEHT, RASSISMUS BLEIBT

Wie bringen wir Hass, Ausgrenzung, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit unter Kontrolle?



Canan Topçu

Es ist Mitte März, und in Deutschland herrscht wegen Corona – wie in vielen anderen Ländern auch – ein Ausnahmezustand. Es ist nicht abzusehen, wie lange die Einschränkungen dauern und wie sich der »Lockdown« auf Wirtschaft und Gesellschaft, auf einzelne Menschen und Familien auswirken wird. Die Pandemie bestimmt die Nachrichten und die private Kommunikation – in der realen Welt und in den Sozialen Netzwerken.

Die Berichterstattung über die Auswirkungen des Virus verdrängt leider ein anderes Ereignis: das rechtsextremistische Attentat in Hanau. Kurz bevor erste Fälle der Covid-19-Erkrankung in Deutschland bekannt wurden, tötete ein 42-Jähriger in meiner Stadt

neun junge Menschen. Tobias R. erschoss sie aus rassistischen Motiven; er war besessen von der Vorstellung, dass der »Volkstod« bevorsteht, dass Menschen anderer Herkunft und Muslime – um der Reinheit des deutschen Volkes willen – eliminiert werden müssen.

## HANAU BRINGT MANCHE NICHT AUS DER FASSUNG

Dieser Anschlag hat mich sehr verstört. Aber nicht nur die Tat an sich, sondern auch Reaktionen darauf, die ich als Privatperson, als Journalistin und auch als Dozentin an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung wahrgenommen habe. Da nur ein paar Tage nach den Anschlägen das Semester begann, nutzte ich die ersten Lehrveranstaltungen, um mit den Studierenden über »Hanau« ins Gespräch zu kom-

**An der Wand des Autonomen Kultur- und Kommunikationszentrums »Metzgerstraße acht« in Hanau stehen die Namen der Opfer des rechtsterroristischen Anschlages vom 19. Februar 2020.**

Foto: Initiative 19. Februar Hanau Lückenlos

men. Meine Wahrnehmung: Menschen, die nicht wie ich als »fremd« markiert werden, nehmen diese Tat anders war. Es bringt manche nicht aus der Fassung. Ja, bei einigen spürte ich auch so etwas wie Gleichgültigkeit.

Ich lebe in Hanau. Einer der beiden Tatorte ist nur ein paar Minuten Fußweg von meiner Wohnung entfernt, er befindet sich gleich neben dem Supermarkt, in dem ich einkaufe. Fast täglich

komme ich an dem Ort des grausamen Ereignisses vorbei. Viele Gedanken gehen mir durch den Kopf – und immer wieder die gleiche Frage: Wie kann es uns in dieser Gesellschaft gelingen, Hass, Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus unter Kontrolle zu bekommen? Ich schreibe ganz bewusst »unter Kontrolle«, weil ich der Ansicht bin, dass die toxische Mischung aus völkischen Vorstellungen, Rassismus und in psychische und physische Gewalt mündende Feindschaft nicht ohne Weiteres verschwindet.

Wie sehr sich Menschen von Hass, Rassismus und Antisemitismus leiten lassen, zeigt sich derzeit auch im Kontext der »Corona-Krise«. So schnell wie die Covid-19-Infektion verbreiteten sich über Online-Medien, Soziale Netzwerke und private Chats wie WhatsApp auch Verschwörungsmymen über diesen Virus. Mal werden dafür jüdische oder zionistische Entwickler, mal die chinesische Regierung verantwortlich gemacht.

### »WIE WIRD EIN MENSCH IMMUN GEGEN HASS UND RASSISMUS?«

Corona wird gehen, Rassismus wird bleiben – und das dauerhaft, wenn nicht Politik, Zivilgesellschaft und jede einzelne Person dagegen angehen. Dabei müssen sich alle eigentlich auf eine Frage fokussieren: Wie wird ein Mensch

Canan Topçu ist freie Journalistin, Autorin und Referentin. Sie publiziert vor allem zu den Themen Integration, Migration und Islam. Sie ist Mitbegründerin der »Neuen Deutschen Medienmacher\*innen«, berufenes



Mitglied im »Dialog Forum Islam Hessen« und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: privat

**Kontakt:** [c.topcu@schreibenundsprechen.eu](mailto:c.topcu@schreibenundsprechen.eu)



Foto: shutterstock / creativetan

immun gegen Hass und Rassismus? Welcher Voraussetzungen bedarf es, damit Feindschaft gegenüber Menschengruppen nicht ausbricht und ausgelebt wird – sei es in ganz subtiler Form oder in Gewaltexzessen, wie wir sie immer häufiger auch in Deutschland erleben.

Die gute Nachricht: Eigentlich müssen wir uns gar nicht auf die Suche nach Antworten begeben. Wissenschaftler\*innen aus unterschiedlichen Disziplinen haben sie bereits gefunden und kommunizieren diese Antworten auch. Einer dieser Experten ist Joachim Bauer. Der Neurowissenschaftler, Psychiater und Psychotherapeut beschreibt in seinem Buch »Wie wir werden, wer wir sind«, welcher Voraussetzungen es bedarf, damit aus einem Säugling ein Mensch wird, der ein gesundes Selbstwertgefühl hat. Genau das ist – wie auch aus der Gewalt- und Extremismusforschung bekannt – eine Voraussetzung gegen Abwertung von anderen und gewalttätiges Verhalten.

Joachim Bauer verdeutlicht anhand von Forschungsergebnissen, wie wichtig Resonanz für die Entwicklung des menschlichen Selbst ist. Säuglinge und Kleinkinder, die positive Resonanz von Bezugspersonen erhalten, entwickeln ein stabiles Ich. Daher sei es für den Nachwuchs insbesondere in den ersten 18 Lebensmonaten wichtig, bestätigende Rückmeldungen zu erhalten. Ein liebevoller Umgang mit dem Kind, ihn positiv bestärkende, ihm Geborgenheit vermittelnde Rückmeldungen sind also elementar für die gesunde Entwicklung eines Menschen. Erziehungskompetenz von Eltern und nahen Bezugspersonen gelte es zu stärken, so der Neurowissenschaftler. Es müsse aber auch das Bildungssystem umgekrempelt werden. »Damit unsere Schulen zu Lebensräumen werden, in denen sich Schülerinnen und Schüler wohlfühlen und ihre Lehrkräfte gerne arbeiten, müssen Schulgebäude saniert oder modernisiert, Klassen verkleinert und Lehrkräfte so aus- und weitergebildet werden, dass sie die Kunst, einen

beziehungsorientierten Unterricht zu gestalten, beherrschen«, schreibt Joachim Bauer.

Seine Vorschläge möchte ich um ein Detail ergänzen: Schon von der ersten Klasse an sollte Medienkompetenz vermittelt werden, damit aus Schülerinnen und Schülern mündige Bürgerinnen und Bürger werden, die sich nicht in digitalen Medien verlieren, nicht dem Weltbild der neuen Rechten aufsitzen und nicht den Narrativen wie »Lügenpresse« oder »Staatsfunk« glauben. Noch scheint es in den Entscheidungsebenen nicht wirklich angekommen zu sein, wie wichtig Medienkompetenz ist, um nicht auf Verschwörungsmythen und »Fakenews« hereinzufallen, mit denen rassistische Hetze organisiert wird, und auch um »Hatespeech« einzudämmen.

### DER UNTERSCHIED ZWISCHEN GEMEINSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Viel stärker als bisher müssen wir uns meiner Ansicht nach auch über Erwartungen an die Vielfaltsgesellschaft austauschen. Dass das Bekenntnis »Wir sind alle gleich«, mit dem auf Rassismus und Ausgrenzung reagiert wird, nicht wirklich stimmt und geradezu kontraproduktiv ist, sollte zur Diskussion gestellt werden. Vorschläge dazu macht der Soziologe Armin Nassehi, der zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft unterscheidet. Der Münchner Professor erklärt nachvollziehbar, dass Gemeinschaften Organisationseinheiten von Gleichen sind und es in diesen darum geht, dass alle miteinander gut können; Gesellschaften hingegen seien anders konstituiert, setzten sich zusammen aus einer Vielzahl von Gemeinschaften – mit unterschiedlichen Codes und Regeln. Worum es letztlich in modernen Gesellschaften gehen muss: die Pluralität und die Andersartigkeit auszuhalten. Das ist eine große Herausforderung. Denn es gibt nun einmal so genannte Autochthone, die meinen, dass dieses Land ihr Land sei, weil sie Nachkom-

## »Für den respektvollen Umgang in der Vielfaltsgesellschaft und im Idealfall für das Zusammenleben ist Empathie unverzichtbar.«

men von Leuten sind, die schon immer hier gelebt haben und die sich schwer tun mit der Realität. Nämlich: dass es die vermeintlich homogene Zusammensetzung der Gesellschaft nie gab, und dass sich Gesellschaft immerzu verändert. Auch vor den Migrationsbewegungen im 20. und 21. Jahrhundert gab es kein einheitliches Deutschland.

Dieses Wissen ist leider kein Common Sense, muss es aber werden – auch über Vermittlung in der Schule –, damit es nicht permanent Streit darüber gibt, wer mitbestimmen darf über die Platzvergabe am »Esstisch«, um mit einer Metapher des Soziologen Aladin El-Mafaalani zu sprechen.

Apropos Esstisch und Mitbestimmen: Der Forderung nach Integration und Anpassung, die aus den Reihen der Dominanzgesellschaft kommt, bieten Nachkommen der Gastarbeitergeneration und so genannte People of Color lauter werdend Paroli. Das machen sie sehr selbstbewusst – manche schießen dabei allerdings übers Ziel hinaus. Neuerdings wird unter dem Hashtag #alman über Alteingesessene abgelästert. Auch wenn Migrationsforscher\*innen und andere Expert\*innen diese Form des Protestes als Selbstermächtigung bewerten: Ich halte diese Art des Diskurses für kontraproduktiv; letztlich ist es nichts anderes als mit gleichen Mitteln zurückzuschlagen nach dem Motto: »Ihr behandelt und benennt uns rassistisch, also halten wir Euch den Spiegel vor und nehmen uns das Recht, mit Euch auch verächtlich umzugehen!«

Für den respektvollen Umgang in der Vielfaltsgesellschaft und im Idealfall für das Zusammenleben ist Empathie unverzichtbar. Ich plädiere daher für Formen der Kommunikation, die einen Perspektivwechsel und das Mitfühlen ermöglichen. Im vergangenen Wintersemester habe ich dies an der Hochschule Darmstadt erprobt – in dem ich mit meinen Studierenden Bücher von Autorinnen mit einem vermeintlichen Migrationshintergrund las und die Autorinnen zum Podiumsgespräch einlud. Eine der Gäste war Alice Hasters, die Autorin von »Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen: aber wissen sollten«. In ihrem Buch beschreibt die Journalistin nicht nur, was Rassismus mit ihr als Betroffener macht, sondern auch, wo und wie rassistisches Erbe nachwirkt. Wie Hasters plädiere ich dafür, dass in Schule und anderen Bildungseinrichtungen mehr als bisher die Kolonialgeschichte Deutschlands und Rassismus thematisiert werden müssen.

Liebvoller Umgang mit dem Nachwuchs, altersgerechtes Vermitteln von Wissen und nicht zuletzt Begegnungen, die Empathie wecken, ohne Probleme auszusparen – das sind meine Vorschläge zur Eindämmung von Hass und Rassismus. Genau dafür kann die Interkulturelle Woche mit ihren vielen verschiedenen Veranstaltungsformaten eine Plattform bieten. ❖

# GIB NICHT AUF!

## Ein persönlicher Bericht vom Ankommen und dem Neustart in Deutschland

**Pegah Khazeipoul**

**W**ie oft habe ich mich gefragt, warum ich geboren wurde. Wodurch unterscheide ich mich von anderen? Aussehen und Herkunft allein können die Unterschiede zwischen uns nicht erklären. Aber wir haben definitiv unterschiedliche Talente und Fähigkeiten. Wissen wir, welches Talent wir haben? Nutzen wir unsere Fähigkeiten? Wer bin ich? Bin ich die, die ich sein will oder verstecke ich mich, weil ich mein wahres Ich nicht mag?

Im Iran war ich immer stark und kompetent. Ich versuchte, anderen zu helfen. Glücklicherweise über das Glück meiner Mitmenschen und gleichzeitig traurig über die Situation in meinem Land. Ich versuchte, die Mängel und Probleme meines Lebens und die meiner Familie zu bewältigen. Jetzt frage ich mich manchmal, ob ich das alles nur in meiner Fantasie erlebt habe.

Mit meiner Flucht betrat ich ungewollt einen Weg, auf dem ich mich selbst nicht mehr kannte. Plötzlich waren viele Dinge außerhalb meiner Reichweite, und ich konnte meine Fähigkeiten nicht

»Mit meiner Flucht betrat ich ungewollt einen Weg, auf dem ich mich selbst nicht mehr kannte.«

zeigen. Die Probleme waren so überwältigend, dass ich nicht einmal Zeit hatte, darüber nachzudenken. Ohne Eltern und Schwester, bis dahin Teil meines Lebens, machte ich mich auf





den Weg in ein Land, in dem selbst mein routiniertes Englisch nichts wert war. In den ersten zwei, drei Monaten meines neuen Lebens mussten mein Mann und ich tatenlos auf die Genehmigung für den Sprachunterricht warten. Für den Arztbesuch bei einer Frauenärztin brauchte ich eine Dolmetscherin, die ich bezahlen musste. Als ich die Ärztin bat, mir einen Weg zu erklären, bekam ich zur Antwort: »Wie bist du nach Deutschland gekommen? Wenn du es bis hierher geschafft hast, findest du auch den Weg zurück!«

Ich sah meinen Mann neben mir, auch er war so klein geworden. Im Iran war er ein erfolgreicher Bauunternehmer und Immobilienmakler. Jetzt wusste er nicht, wie er sein Leben leben und seine Rolle als Mann erfüllen sollte. Stundenlang surfte er im Internet, um einen Job zu finden, aber ohne Sprachkenntnisse stellte ihn niemand ein. Eines Nachts legte er all seinen Stolz ab und putzte ein Fitnessstudio. Der Druck auf uns war so groß, dass sogar unsere Beziehung angespannt und gestört war ...

Dann kam der Wendepunkt. Es war, als bekäme ich ein Zeichen, das nur für mich bestimmt war: Eines Tages fand ich im Internet einen Film über ein junges iranisches Mädchen. Kinderlähmung hatte sie im Alter von sechs Jahren von der Brust an abwärts gelähmt. Trotzdem gab sie nicht auf und kämpfte. Zuerst begann sie mit einfachen Handarbeiten. Später gründete sie ein Institut, um behinderte Frauen bei ihrer Rehabilitation und Entwicklung zu

**Im August 2019 wurde das Magazin »grenzenlos« mit dem Mehrgenerationenhauspreis »DemografieGestalter« ausgezeichnet. Pegah Khazeipoul (3. von rechts) nahm den Preis zusammen mit anderen Redaktionsmitgliedern vom parlamentarischen Staatssekretär Stefan Zierke (3. von links) entgegen. Auch Zwickaus Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (2. von links) war dabei.**

Foto: www.pro-picture.de / Ralph Köhler

»Du bist kein Baum.

Wenn du in deinem Leben an einem Platz bist, an dem du nicht sein magst, bewege dich und ändere deine Position!«

unterstützen. Ich war wie gefesselt von diesen Berichten und Videos.

Denn auch ich war an einem Punkt in meinem Leben angelangt, an dem ich nicht sein wollte. Ich hatte vergessen, wer ich war. Anstatt über die Dinge nachzudenken, die wir verloren hatten, beschloss ich, nicht aufzugeben und wieder von vorn zu beginnen. »Du bist kein Baum. Wenn du in deinem Leben an einem Platz bist, an dem du nicht sein magst, bewege dich und ändere deine Position!«

Also stand ich auf und kämpfte mich zurück, kämpfte gegen schlechte Gefühle, kämpfte mit Sprachproblemen und Fremdheit. Ich versuchte alles, um mich selbst zu beweisen. Ich wusste, dass ich wieder eine starke Frau sein konnte. In unserer Kirchengemeinde stieß ich auf eine Gruppe von Flüchtlingen, die in einem Mehrgenerationenhaus in unserer Nähe gemeinsam ein mehrsprachiges Magazin mit dem Titel »grenzenlos« initiierten. Mein Mann und ich nahmen Verbindung auf und bald waren wir in einer internationalen Redaktionsgruppe zuhause, hatten Kontakt zu interessanten Menschen und konnten uns wechselseitig über Englisch und Persisch verständigen. Durch diese Übungen im Verstehen, Sprechen und Schreiben wurde unser Deutsch schnell besser. 21 Monate nach unserer Ankunft bestand ich den Sprachkurs B2. Mit Hilfe meiner deutschen Freunde gelang es mir, mich auch im Alltag sehr gut zu verständigen. Ich konnte sogar für andere als Übersetzerin arbeiten und sie zum Arzt begleiten. Endlich war ich wieder mit mir selbst zufrieden.

»ENDLICH BIN ICH WIEDER ICH SELBST.«

Nach dieser Erfahrung nehme ich mir fest vor, niemals aufzugeben, sondern an das Wunder zu glauben, das Liebe und Anstrengung bewirken können. In all den Monaten, in denen wir in Deutschland lebten, war es mein Mann, der mich immer wieder daran erinnerte, wer ich war und dass ich für mich selbst einstehen konnte. Jetzt fand auch er seinen Platz und konnte einen guten unbefristeten Arbeitsvertrag abschließen. Es ist wunderbar, nicht mehr auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein, sondern selbst für unser Leben sorgen zu können. Endlich bin ich wieder ich selbst.

Wir alle haben starke und schwache Seiten. Warum denken wir manchmal, andere Menschen seien schlechter oder schwächer als wir? Wir vergessen, dass wir alle aufeinander angewiesen sind. Alles steht mit allem in Verbindung. ❖

Pegah Khazeipoul ist 33 Jahre alt und kommt aus Teheran. Sie musste zusammen mit ihrem Mann den Iran verlassen, weil er ein regimiekritisches Video gedreht hatte, daraufhin eine Strafe von 60 Stockhieben erhielt und anschließend mit dem Tode be-



droht wurde. Pegah und ihr Mann engagieren sich ehrenamtlich für das mehrsprachige Nachbarschaftsmagazin »grenzenlos« in Zwickau (Sachsen). Foto: privat

**Kontakt:** mz-zwickau@sos-kinderdorf.de

# DEN EINSTIEG ERLEICHTERN

Die Fach- und Servicestelle »Blickpunkt: Migrantinnen« in Sachsen-Anhalt setzt auf ein neues Modell zur Arbeitsmarktintegration von Frauen

Jennifer Heinrich

**B**undes- und landesweit wird festgestellt, dass nur ein geringer Anteil an migrantischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt ankommt. Woran liegt das? Wie kann man dies ändern? Welche neuen Wege sind möglich und notwendig? Zwei afghanische Frauen äußern sich:

## MOTIVATION UND EMPOWERMENT SIND DA!

Soniya Frotan kam als junges Mädchen aus Afghanistan nach Deutschland, machte hier ihren Schulabschluss. Später wanderte sie in die USA aus. »Dort kommt man leichter an einen Job. Man muss nicht für alles eine Ausbildung machen. Oft gibt es Einstellungstests, die überprüfen, ob man das nötige Wissen hat. Dann kann man anfangen zu arbeiten«, berichtet sie.

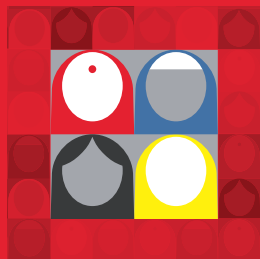
Seit 2012 lebt Frotan wieder in Deutschland, denn viele aus ihrer Familie und dem Freundeskreis wohnen hier und in Europa. Heute ist sie die Vorsitzende des afghanischen Vereins Interkulturelles Frauennetzwerk in Schönebeck (IFNIS e. V.): »In Deutschland ist es für uns Migrantinnen ungleich schwerer, in den Arbeitsmarkt zu finden. Hier braucht es beispielsweise eine Ausbildung, eine Anerkennung unserer ausländischen Abschlüsse oder Nachqualifizierungen. Zudem brauchen wir die Sprache und möchten unsere Kinder gut versorgt wissen.«

Gul Ghuthai Talash, Vorsitzende des Vereins afghanischer Frauen in Magdeburg (AFIMA e. V.), ergänzt: »Ich musste Afghanistan 2015 verlassen, weil ich mich offen für die Gleichberechtigung von Frau und Mann eingesetzt habe. Wissen Sie, ich komme aus einer sehr traditionellen Gesellschaft.

Dort haben Frauen kaum Zugang zu Bildung. Und wenn Frauen gearbeitet haben, dann haben sie auch Berufserfahrung, aber dafür keine Zeugnisse oder Belege. Das wollte ich ändern.«

## FACH- UND SERVICESTELLE WILL NEUE WEGE GEHEN

Hier setzt die 2020 als Trägerverbund gestartete »Fach- und Servicestelle für die Arbeitsmarktintegration migrantischer Frauen in Sachsen-Anhalt« an. Die Caritas möchte mit ihren Projektpartnern EBG (Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH) und Minor (Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH) die Qualifizierungs- und Arbeitsmarktsituation migrantischer Frauen verbessern. Dabei geht es um die Optimierung von bestehenden Integrationsprozessen.



Zum Angebot:

[www.blickpunkt-migrantinnen.de](http://www.blickpunkt-migrantinnen.de)

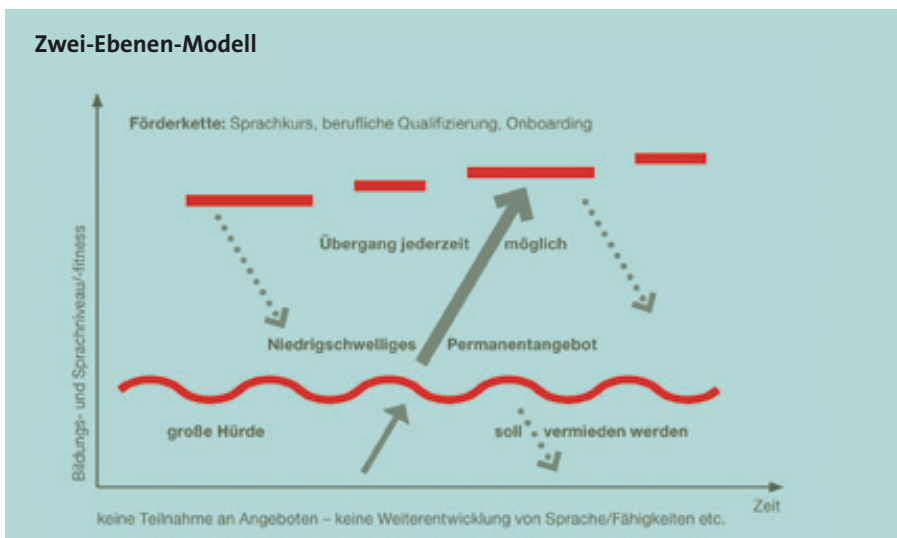
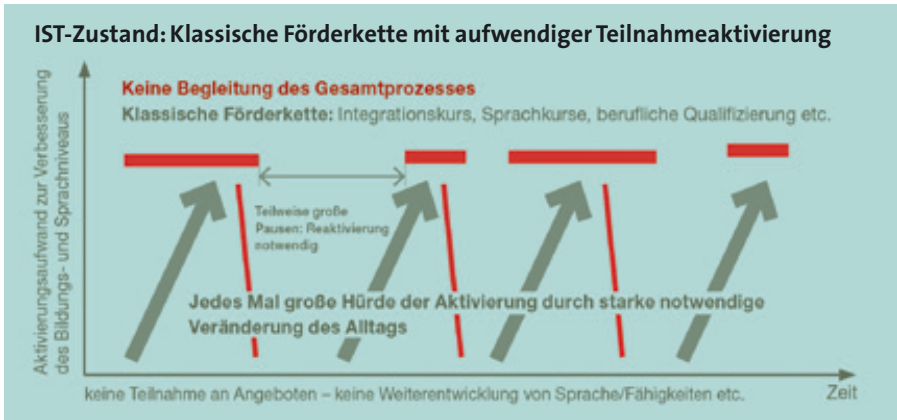


Soniya Frotan, Vorsitzende des afghanischen Vereins Interkulturelles Frauennetzwerk in Schönebeck (IFNIS e. V.)



Gul Ghuthai Talash, Vorsitzende des Vereins afghanischer Frauen in Magdeburg (AFIMA e. V.)

Fotos: © Humans of Saxony-Anhalt/IQ Netzwerk Sachsen-Anhalt



Jennifer Heinrich ist Kommunikations- und Medienwissenschaftlerin und hat die Gesamtleitung des Projektverbundes »Blickpunkt: Migrantinnen«.  
 Foto: Caritas Magdeburg

**Kontakt:**

jennifer.heinrich@caritas-magdeburg.de  
 Telefon 0391 / 40 80 - 527

»Blickpunkt: Migrantinnen« wird aus Mitteln des ESF und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt gefördert.

liche Qualifizierung erleichtern und Abbrüchen entgegenwirken. Die Berücksichtigung der individuellen Lebenssituationen (Mobilität, flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Sprache) sowie Teilzeitausbildungs- und Qualifizierungsangebote stehen dabei im Vordergrund. Entscheiden sich Migrantinnen für diesen flexiblen Qualifizierungseinstieg, werden sie durch ein intensives Coaching begleitet. Mögliche Alltags- oder Qualifizierungsschwierigkeiten sollen so zeitnah erkannt und gelöst werden. Entwickelt sich dieser Projektansatz positiv, kann aus dem Modellangebot ein flächendeckendes Regelanangebot werden.

**HOFFNUNG AUF SPRUNG IN DEN ARBEITSMARKT**

»Bislang hat trotz aller unserer Bemühungen noch keine unserer Frauen eine Arbeit gefunden«, sagt Frotan. »Ich hoffe, dass sich dies mit Unterstützung der Fach- und Servicestelle ändert.« Talash ist optimistisch: »Die Fach- und Servicestelle führt das Wissen um Angebote für unsere Frauen im Land Sachsen-Anhalt zusammen. Mit ihr wird es gelingen, dass mehr migrantische Frauen selbstbestimmt den Sprung in den Arbeitsmarkt schaffen.« ❖

Der Zugang zum Arbeitsmarkt braucht flexiblere Angebote für migrantische Frauen. Wie es aktuell aussieht und perspektivisch aussehen kann, zeigen die obenstehenden Grafiken.

Existierende Bildungsangebote für Zugewanderte werden im Rahmen einer klassischen Förderkette mit aufwendiger Teilnahmeaktivierung zumeist in Form von Vollzeit-Kursen und -Maß-

nahmen angeboten. Diese sind mit der Alltagssituation migrantischer Frauen oft nicht vereinbar. Zudem gibt es teilweise lange Pausen zwischen den einzelnen Angeboten.

Über ein neu erarbeitetes Zwei-Ebenen-Modell soll nun die Förderkette optimiert werden. Ein niedrigschwelliges Permanentangebot wird den Frauen den Einstieg in sprachliche und beruf-



Einen weiteren Text zum Thema finden Sie auf unserer Homepage:

- Wege der Integration in den Arbeitsmarkt | Patricia Reineck

[www.interkulturellewoche.de/materialheft/3](http://www.interkulturellewoche.de/materialheft/3)



# ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

## PREDIGTANREGUNG: HOFFNUNG FÜR DIE OPFER VON GEWALT

Ps 10, 1-3, 6.7. 10.11. 12.15.



Foto: adobestock / daphnusia

Sylvia Bukowski

Der Psalm 10 ist kein offizieller Predigttext. Er ist auch nicht im Gesangbuch abgedruckt. Denn er gehört zu den so genannten Rachepsalmen. Ich bedaure die Ausgrenzung dieser Psalmen. Sie hat vielleicht vor allem sprachliche Gründe:

1. Rache hat im Deutschen die Konnotation vom Freilassen negativer Emotionen und einer daraus folgenden endlosen Spirale von Aggression. Im hebräischen ist »n'kamah« dagegen eher damit verbunden, dass das Recht aufgerichtet wird. In den »Rachepsalmen« wird Gott von Gewaltopfern leidenschaftlich dazu gedrängt, das zu tun.

2. Auch die Übersetzung von »reschajim« ist missverständlich. Früher hat die Lutherbibel dieses Wort mit »Gottlose« wiedergegeben, was in heutiger Zeit fälschlicherweise Gedanken an Atheisten nahelegt. In der neuen Ausgabe ist nun die Rede von »Frevlern« – ein Begriff, der vielen Jüngeren wahrschein-

lich gar nicht mehr verständlich ist. Angemessener finde ich die Bezeichnung »Gewalttäter«.

Wenn man Psalm 10 oder auch die anderen »Rachepsalmen« auf dem Hintergrund dieser Erklärungen liest, erschließen sie sich als ein Sprachrohr für die Klage aller, die Gewalt und Benachteiligung ausgesetzt sind, oder denen ihre Rechte verwehrt werden. Diese Klage sollte in unseren Gottesdiensten unbedingt Raum bekommen. Wir können sie aktuell hören als Klage derer, die in unserem Land zunehmend in Angst leben müssen, weil sie anders aussehen, denken, glauben, lieben. Sie werden im Netz und in der Öffentlichkeit häufig beleidigt, bedroht, sie werden bisweilen tätlich angegriffen, und oft stammen die Täter\*innen nicht nur aus der rechten Szene, sondern aus der Mitte unserer Gesellschaft, sind Leute, die ganz in unserer Nähe leben.

Psalm 10 beschreibt die Heimtücke der Täter\*innen, die sich an der Qual ihrer Opfer weiden. Sie fühlen sich völlig sicher und glauben, niemand könne sie zur Rechenschaft ziehen, nicht einmal Gott. Ihr »Mund ist voll Fluchens, voll Lug und Trug, (ihre) Zunge richtet Mühsal und Unheil an ...«(7) Sie meinen: »Gott hat's vergessen. Er hat sein Antlitz verborgen, er wird's nimmermehr sehen« (11).

Die Opfer der Gewalttäter\*innen lassen sich dagegen ihre Hoffnung nicht nehmen. Auch wenn niemand sonst hinsieht, was ihnen angetan wird, auch wenn niemand ihre Klage hört und ihnen beisteht, auf Gott ist Verlass: »Du siehst es ja, du schaust das Elend und den Jammer ...« (14) Deshalb flehen sie Gott an: »Zerbrich den Arm des Gewalttäters und Bösen und suche seine Gewalttaten heim, dass man nichts mehr davon finde.« (15).

In dem Psalm richtet sich die Klage der Opfer von Gewalt eindringlich an Gott als ihren Anwalt. Das heißt aber nicht, dass wir uns aus unserer Verantwortung wegducken können. Unser Gott fragt uns: Auf welcher Seite stehst du? Wie reagierst du auf die »hatespeech« im Netz und in deinem Umfeld? Was tust du, wenn andere in diesem Land mit Gewalt bedroht und angegriffen werden, bloß weil sie irgendwie anders sind? Zeigst du diesen »anderen«, dass sie zu uns gehören? Bist du bereit etwas zu riskieren, um für sie einzustehen?

Wir wissen, dass Gott sich nicht täuschen und auch nicht beschwichtigen lässt, wenn Menschen Unrecht getan wird. Wer sich auf ihn beruft, kann zu Menschenverachtung nicht schweigen und wird dazu beitragen, dass niemand in unserem Land in Angst leben muss. ❖



Sylvia Bukowski, Pfarrerin i.R.,  
Seelsorgerin im Kinder  
und Jugendhospiz Burgholz,  
Wuppertal. Foto: privat

**Kontakt:**

sylviabukowski@gmail.com

# GOTT WILL DIE VIelfALT SEINER MENSCHEN IN SOLIDARITÄT VERBINDEN

Predigtmeditation über Gen 11, 1-9

**Michael Schäfer**

Die Geschichte vom Turmbau zu Babel ist eine der bekanntesten Geschichten der Bibel. Üblicherweise wird die Sprachverwirrung, mit der Gott den Bau der Stadt und des Turms stoppt, als Strafe für den Hochmut der Menschheit begriffen. Dass die Welt am Anfang der Geschichte nur eine Sprache hat, verstehen viele als einen Idealzustand.

Jüdische Gelehrte lehren uns ein anderes Verständnis. Wenn die ganze Welt nur eine Sprache hat, dann ist das nichts

anderes als Totalitarismus. Sehr nahelegend machen sie uns darauf aufmerksam, dass die Turmbaugeschichte in der Bibel direkt nach der Völkertafel in Gen 10 auftaucht, in der davon die Rede ist, dass sich die Nachkommen Noahs zu vielen Völkern entwickelten, »von denen jedes ... seine eigene Sprache hat.« (Verse 5.20.31) So gesehen sind aus vielen Sprachen eine einzige Sprache geworden. Das beschreibt keine Einheit, sondern totalitäre Uniformität. Der erste Vers des 11. Kapitels lautet deshalb korrekt übersetzt: »Die ganze Erde hatte eine Sprache und ein und dieselben Worte.« Der Wortschatz dieser Einheitssprache ist beschränkt. Der Sprachstil der Geschichte unterstreicht das: Kein großer Wortschatz, neun eintönige Verse, mit wenigen sich wiederholenden Worten.

Es ist nicht zufällig, wie erzählt wird. Ein ganzer Vers wird für die damals sensationell neue Technik, Ziegel zu

streichen und zu brennen, verwendet. Der nächste Vers erwähnt kurz Stadt und Turm bis in den Himmel. Der Befehlsempfänger muss die Ziegel herstellen und verbauen. Was er baut, muss er nicht genau wissen. Ziegelbrennen ist auch im nächsten Buch der Bibel Sklavenarbeit (Ex 1,13.14). In einer alten jüdischen Auslegung zur Stelle heißt es: »Wenn ein Arbeiter fiel oder starb, dann wurde das nicht beachtet. Aber wenn ein Ziegel zerbrach, dann weinten sie.« Ein Individuum in dieser Vorstellung war nicht mehr wert als das, was es zum Ganzen beisteuern konnte, und ein jeder war austauschbar.

Die Geschichte ist eingebettet zwischen Völkertafel und dem Namensregister der Ahnen Abrahams: Namen über Namen. Immer ist hier das Individuum wichtig. Wenn im Judentum und im Christentum Gott jedem Menschen sagt: Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du gehörst zu mir (Jes 43,1),



Michael Schäfer ist Pfarrer im Bonner Norden.

Foto: privat

**Kontakt:**

m.schaefer@lukaskirche-bonn.de

## Fürbitte

Gnädiger Gott,  
wir danken dir für dein Wort.  
Es richtet Niedergeschlagene auf,  
macht Verzweifelten Mut  
und weist uns alle ein  
in ein friedliches Zusammenleben.

Wir bringen heute vor dich unsere  
Sorge angesichts der Verrohung  
der Sprache in unserer Gesellschaft:  
Es wird so viel Hass verbreitet,  
so viel Lüge,  
so viel Angst.

Das Vertrauen in die Politik wird  
untergraben, und das Misstrauen  
untereinander wächst.  
Gott, wir wollen das nicht!  
Zeig uns Wege, aus dieser vergifteten  
Atmosphäre herauszufinden,  
ehe sie unser Land noch tiefer spaltet,  
ehe aus bösen Worten noch mehr  
böse Taten entstehen.

Wir bitten dich für alle,  
die Zielscheibe von Hassreden  
werden,  
verleumdet und beleidigt,  
eingeschüchtert und bedroht.  
Lass sie starken Beistand finden  
auch unter uns.

Wir bitten dich für alle,  
die für das Recht der Schwachen  
aufstehen,  
die Lügen entlarven,  
und gegen Unmenschlichkeit  
protestieren mit Wort und mit Tat:  
bewahre ihnen ihre Empfindsamkeit,  
ihren kritischen Geist, ihre aufrechte  
Haltung und reih uns bei ihnen ein.

Gott, schütze uns allen  
das zerbrechliche Glück,  
die Lebenslust, den Humor,  
und erfülle uns mit deinem Geist,  
dem Geist der Kraft, der Liebe  
und der Besonnenheit.

Sylvia Bukowski



Weitere Bausteine für Gottesdienste im Rahmen der Interkulturellen Woche finden Sie hier:

[www.interkulturellewoche.de/goodpractice](http://www.interkulturellewoche.de/goodpractice)

Predigten und liturgische Texte zu den Themen »Flucht« und »Migration«, Anregungen für interkulturelle Gottesdienste, mehrsprachiges Material und nützliche Links wurden von der Arbeitsgruppe »Gottesdienst und Migration« der Liturgischen Konferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengestellt: [www.ekd.de/gottesdienst-materialien-migration-35304.htm](http://www.ekd.de/gottesdienst-materialien-migration-35304.htm)



selbst aufgeben zu müssen. Gott will die Vielfalt, die aufeinander bezogen ist.

Die Pfingsterzählung (Apg 9) greift den Gedanken der Mehrsprachigkeit wieder auf: Durch den Geist Gottes verstehen die Menschen aus allen Teilen der Welt die Botschaft der Predigt des Petrus in ihrer je eigenen Sprache – aber sie verlieren nicht ihre eigene Sprache und Kultur, die Unterschiede bleiben bestehen. Welche – nicht nur christliche – Botschaft ist es heute, die wir über alle Sprachgrenzen und kulturellen Unterschiede hinweg verstehen können? Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Solidarität, aber auch gemeinsame Freude und gemeinsame Trauer über unsere Welt sprechen eine universale Sprache, die in unseren verschiedenen Kulturen besondere Tiefe gewinnt. ❖

dann wird der Kontrast deutlich zur Babelgeschichte.

Die sogenannte Sprachverwirrung ist keine Strafe, sondern eine Erlösung: Endlich wieder Vielfalt, endlich beim Namen gerufen. Die Vielfalt verweist uns nicht nur auf Verschiedenheit, sondern auch auf die universale Zu-

sammengehörigkeit der Menschheitsfamilie, wo jeder und jede einzelne mit seinen Bedürfnissen, seinen Gaben, seinen Träumen und Ängsten gesehen wird. Die Aufgabe für uns besteht sicher darin, dass wir unsere und die Verschiedenheit der anderen erkennen und würdigen. Wir sind zur Achtung und Solidarität füreinander bestimmt, ohne uns

## Gebet

Barmherziger Gott!

Hilf uns, dass wir zu sehen wagen, was sich abspielt in deiner Welt.  
Hilf uns, den Bruder, die Schwester zu suchen in all denen, die namenlos leiden.  
Hilf uns, dass wir ihre Namen hören, jeden einzelnen.  
Hilf uns, dass wir sie bei ihrem Namen nennen.

Gnädiger Gott!

Mach uns wachsam für die Lügen unserer Zeit. Lehre uns, offen zu bleiben, wenn Grenzen sich schließen. Mach uns widerständig, wenn Menschen zu Feinden gemacht werden, wenn Menschen missbraucht werden, wenn Menschen Mittel zum Zweck sein sollen.

Barmherziger Gott!

Du kennst jeden Menschen bei seinem Namen, auch unsere sind in deine Hand eingeschrieben. Du hast den Menschen geschaffen in seiner wunderbaren Vielfalt, damit wir gemeinsam erahnen, wie weit und unermesslich du bist. Damit wir dich loben mit allen Völkern der Erde.

Dir sei die Ehre.  
Amen.

Michael Schäfer

## Liedvorschläge

- eg 427: Solang es Menschen gibt auf Erden.
- eg 409: Gott liebt diese Welt
- eg 379: Gott wohnt in einem Licht (nach der Melodie: Befehl du deine Wege)
- eg 181.6: Laudate omnes gentes
- eg 611 (RWL): Der Himmel geht über alle auf
- eg 677 (RWL): Die Erde ist des Herrn ...

## Impuls

»Das ist das große neue Problem der Menschheit. Wir haben ein großes Haus geerbt, ein großes ›Haus der Welt‹, in dem wir zusammen leben müssen – Schwarze und Weiße, Morgenländer und Abendländer, Juden und Nichtjuden, Katholiken und Protestanten, Moslems und Hindus – eine Familie, die in Ideen, Kultur und Interessen zu Unrecht getrennt ist, die, weil wir niemals wieder getrennt leben können, irgendwie lernen muss, in Frieden miteinander auszukommen.«

Martin Luther King jr., in »Das Haus der Welt«, in: »Wohin führt unser Weg? Chaos oder Gemeinschaft?«  
Fischer, Frankfurt 1968.

# SENSIBILITÄT, GUTE ABSPRACHE UND EXAKTE VORBEREITUNG

## Hinweise für Gottesdienste mit Gläubigen anderer Religionen

**Werner Höbsch**

V ielerorts gehören ökumenische Gottesdienste zu den Interkulturellen Wochen dazu, teilweise unter Beteiligung von Gläubigen nichtchristlicher Religionen. Das wirft Fragen auf, wie diese in angemessener Weise beteiligt werden können.

Es wird unterschieden zwischen interreligiösen Gebeten und einem Beten in der Gegenwart des Anderen (das sogenannte multireligiöse Gebet). Unter einem interreligiösen Gebet wird ein gemeinsames Beten von Angehörigen unterschiedlicher Religionen verstanden. Unter einem Beten in der Gegenwart des Anderen wird ein Beten im Angesicht des Anderen verstanden. Die Angehörigen einer Religionsgemeinschaft beten in der Tradition ihrer jeweiligen Religion.

Ein interreligiöses Gebet ist aus Sicht der evangelischen und katholischen Kirche nicht möglich. Auch orthodoxe Kirchen und viele Freikirchen lehnen diese ab. Als Begründung werden theologische Argumente (Gottesverständnis) vorgetragen. Juden, Christen und Muslime glauben zwar an den Einen Gott, unterscheiden sich aber im Verständnis dieses Gottes. Buddhisten kennen keinen Glauben an einen Gott, zumindest nicht im Sinne der monotheistischen Religionen.

Nicht nur die großen christlichen Kirchen lehnen interreligiöse Gebete ab, sondern auch jüdische und muslimische Gemeinschaften. Dies sollte respektiert werden.

Möglich ist jedoch eine liturgische Gastfreundschaft: Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften werden eingeladen, dem Gebet (Wortgottesdienst/Liturgie) beizuwohnen und aus ihrer eigenen Tradition einen Text oder ein Gebet beizutragen. Dies ist kein gemeinsames Beten, wohl aber ein Beten im Angesicht des Anderen.

### EMPFEHLUNGEN UND MODELLE

Viele Gottesdienste innerhalb der Interkulturellen Woche werden ökumenisch gefeiert. Jedoch werden auch immer wieder Fragen nach Beteiligung Glaubender anderer Religionen aufgeworfen. Bei diesen Gebeten sollte eine Offenheit für das Modell der »liturgischen Gastfreundschaft« gegeben sein. In der Regel werden diese Gottesdienste in einer Kirche gefeiert, hier können und sollten Muslime einbezogen werden. Für viele Jüdinnen und Juden allerdings sind christliche Kirchen kein möglicher Ort eines Gebetstreffens. Hier sind andere Orte gefragt.

Es ist bei einem Gottesdienst oder Gebetstreffen einer Interkulturellen Woche das Modell eines »Betens in der Gegenwart des Anderen« – auch mit der Rezitation eines Gebetes etwa aus der muslimischen Tradition – möglich.

Gleich welche Form gewählt wird: Wichtig ist die Sensibilität für die Situation vor Ort, die Absprache mit den beteiligten christlichen Konfessionen im Vorfeld sowie eine exakte Vorbereitung. Das Anliegen des Friedens, des friedlichen Miteinanders in Stadt und Land und die Ablehnung von Gewalt muss das Verbindende der an der Feier Beteiligten sein.

Auf dieser Basis lassen sich für Gottesdienste Modelle sowohl liturgischer Gastfreundschaft als auch multireligiöser Feiern entwickeln. ❖

Dr. Werner Höbsch leitete bis 2017 das Referat Dialog und Verkündigung des Erzbistums Köln. Er ist weiterhin im christ-



lich-muslimischen Dialog aktiv und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA / Nils Bornemann

**Kontakt:** Werner.Hoebisch@gmx.de

## IN MAINZ IST DIE INTERKULTURELLE WOCHESO WICHTIG WIE DIE FASTNACHT

Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt feiert 2020 zum 45. Mal die Vielfalt ihrer Stadtgesellschaft



### Steffen Blatt

Es gibt einige Veranstaltungen, die in Mainz fest im Jahreskalender verankert sind: Natürlich die Fastnacht mit dem Umzug am Rosenmontag als Höhepunkt, das Volksfest »Johannisnacht« im Juni, der historische Weihnachtsmarkt – und das große Fest zur Interkulturellen Woche (IKW) im September. Es ist der Höhepunkt der Aktionswoche in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, und das schon seit vielen Jahren. Denn Mainz ist fast von Beginn an bei der Interkulturellen Woche dabei – seit 1976. Und so feiern sie dort 2020 zum 45. Mal die vielfältige Gesellschaft – wenn auch in diesem Jahr unter vollkommen anderen Voraussetzungen.

Die organisatorischen Fäden laufen bei Carlos Wittmer zusammen, dem städtischen Beauftragten für Integration. Wir besuchen ihn im Januar 2020, als das Corona-Virus gerade erst in China entdeckt worden ist. Niemand spricht von einer Pandemie und schon gar nicht von Kontaktbeschränkungen. Wittmer stemmt mit seinen zwei Mitarbeiterinnen Vorbereitung, Koordination und Finanzierung der rund 25 ganz verschiedenen Veranstaltungen.

Das Interkulturelle Fest in Mainz ist mit seinen 120 Ständen auf mehreren Plätzen der Innenstadt und dem mehrstündigen Bühnenprogramm allein schon eine logistische Herausforderung. »Wir können derzeit nicht mehr Standplätze vergeben, wir haben keinen

Raum mehr«, berichtet Wittmer. Darum achtet er bei der Vergabe wie beim Bühnenprogramm darauf, dass jeder mal drankommt. Dann genießen um die 10.000 Besucherinnen und Besucher das vielfältige kulinarische Angebot und applaudieren den Tanz- Musik- und Sportgruppen auf der Bühne.

Ist das nicht ein bisschen flach, unpolitisch und vielleicht sogar altbacken? Das hört Wittmer hin und wieder – und er kann die Kritik verstehen. »Aber das kommt immer darauf an, wie man die Veranstaltungen der Interkulturellen Woche versteht. Ich sehe das Fest als Plattform, auf der ich alltägliches, vielfältiges Leben zeigen kann und wie viele Nationen es in Mainz gibt. Das ist ein niederschwelliges Angebot, und



Fotos: Stadt Mainz





Foto: Stadt Mainz

das darf dann auch gerne ein bisschen Folklore haben.« Und schließlich gibt es während der IKW noch andere Veranstaltungen. Eine Ausstellung etwa zeigt Mainzer Gastarbeiter der ersten Generation, bei Podiumsdiskussionen geht es um die Rolle der Frau im Islam oder um Aussteiger\*innen aus der Neonazi- und Salafisten-Szene.

Gerade auch wegen solcher Themen ist die IKW für den 38-Jährigen 2020 wichtiger denn je. Denn Wittmer sieht Aufklärung und Bildung als eine der Hauptaufgaben der Interkulturellen Woche, gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulisten mit Fake News Angst schüren und mit vermeintlich einfachen Antworten auf komplizierte Fragen Wählerinnen und Wähler ködern – und damit Erfolg haben. In Mainz sitzt die AfD mit Unterbrechungen seit 2014 im Stadtrat, ihr Fraktionsbüro ist nur ein paar Schritte von Wittmers Räumen im Stadthaus entfernt.

Für ihn muss die IKW auch das leisten: Räume für Begegnungen schaffen – und das geht eben bei einem Stadtfest besonders gut, denn: »Die Mainzer feiern gerne.« Und es ist ganz selbstverständlich, dass der Oberbürgermeister das Fest eröffnet und sich Zeit nimmt für einen Rundgang.

Beim Blick auf die Programme vergangener Jahre und Jahrzehnte stellt Wittmer fest, wie sich die Schwerpunkte verlagert haben. »In den 1980er und 90er Jahren ging es noch viel um die Selbstdarstellung der Migranten-Community. Wer sind wir? Woher kommen wir? Das war damals auch notwendig, es hatte aber noch viel vom Verständnis, dass man nur zu Gast in Deutschland ist. Das hat sich glücklicherweise geändert.« Heute geht es viel um Integration und darum, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft sind – und eben keine Gäste. Wittmer freut sich auch, dass der »Gottesdienst der Nationen« im Dom ein integraler Bestandteil der Aktionswoche ist.

Beim Motto gehen die Mainzer jedoch ihren eigenen Weg. Sie übernehmen nicht den Slogan, der vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss vorgeschlagen wird – vielmehr entscheidet der Beirat für Migration und Integration seit 2011 über einen eigenen. In dem Gremium wird auch über Inhalte und Konzepte der Interkulturellen Woche diskutiert. »Ich bin gespannt, was der neu gewählte Beirat für das kleine Jubiläum plant«, sagt Wittmer. Im August werden bei einer Pressekonferenz mit dem Oberbürgermeister das Programm sowie Plakate, Flyer und Banner vorgestellt. Und ganz gleich, wie die Veranstaltungen dann genau aussehen werden – die Vielfalt wird auf jeden Fall wieder gefeiert. ❖

Steffen Blatt arbeitet in der Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche und ist dort vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.



Foto: ÖVA / Nils Bornemann

**Kontakt:** s.blatt@interkulturellewoche.de

## TIPPS VOM PROFI



Foto: Blatt

**Wie gelingt eine Interkulturelle Woche? Was sollte ich beachten, wenn ich zum ersten Mal eine organisiere? Das rät Carlos Wittmer:**

- Das Rad nicht immer neu erfinden, sondern bestehende Formate nutzen. Schauen, was es in der Stadt schon gibt und versuchen, die Veranstaltenden für die IKW zu gewinnen.
- Mit wenigen Veranstaltungen beginnen und üben, wie Koordinieren und Organisieren geht, dann im Jahr darauf wachsen. Das gilt auch für die Themensetzung. So gab es zum Beispiel in Mainz während der IKW 2019 eine Podiumsveranstaltung mit Aussteigern aus der Neonazi- und Salafisten-Szene. Im März 2020 hatte Wittmer dann eine Tagung geplant, bei der über rechtsextremistische und religiös begründete Radikalisierungsphänomene diskutiert werden sollte und über Strategien, dem entgegenzuwirken. Die Veranstaltung musste wegen der Corona-Krise jedoch abgesagt werden.
- Eng mit der Kommune zusammenarbeiten. Eine(n) Integrationsbeauftragte(n) in die Organisation einbinden. Auch für die Öffentlichkeitsarbeit sind die Kontakte und Verteiler einer Stadtverwaltung viel wert. Und vielleicht beteiligt sich die Kommune auch an der Finanzierung.

# GOOD PRACTICE

**W**ährend der Interkulturellen Woche finden rund 5000 Veranstaltungen statt.

Viele davon können auch in anderen Kommunen funktionieren, Organisierende können sie eins zu eins übernehmen oder an die örtlichen Gegebenheiten anpassen.

## FILM

### WO HÖRT DER SPASS AUF, WO FÄNGT DIE BELEIDIGUNG AN?



In der Reihe mit Kurzspielfilmen und mehreren dokumentarischen Filmen zum Thema »Alltagsrassismus« erzählen Jugendliche frei und unzensiert von ihren Erfahrungen, Sorgen und Hoffnungen und stellen sich die Frage, was jede/r Einzelne gegen Rassismus tun kann.

## AKTION

### RETTUNGSWESTEN AN KIRCHTÜRMEIN ZEIGEN SOLIDARITÄT MIT FLÜCHTLINGEN



Ab Palmsonntag 2019 baumelten an zahlreichen Kirchtürmen im Norden Deutschlands Rettungswesten. Mit dieser Aktion unterstützten Hannoveraner Kirchengemeinden die Arbeit des internationalen Aktionsbündnisses »Seebrücke«.

Flensburg



Immensen



Wuppertal



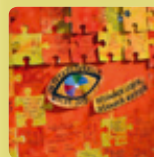
Fulda



## GOTTESDIENST

### EIN FÜRBITTEN-PUZZLE

Beim Ökumenischen Eröffnungsgottesdienst zur Interkulturellen Woche 2019 haben sich die Organisierenden zum Fürbittengebet eine tolle Aktion einfallen lassen: Die Fürbitten wurden von den Gottesdienst-Besuchern als Puzzle gestaltet.



lassen: Die Fürbitten wurden von den Gottesdienst-Besuchern als Puzzle gestaltet.

Speyer



## AUSSTELLUNG

### WER SIND EIGENTLICH »DIE GEFLÜCHTETEN«?



Kaum etwas wird in den vergangenen Jahren so häufig und hitzig diskutiert wie das Thema »Flucht und Asyl«. Und immer wieder wird über »die Geflüchteten« gesprochen. Doch wer sind DIE? Das ist der Ansatzpunkt einer besonderen Ausstellung.

Fotos  
 Flensburg: Wolfgang Scheffler  
 Neuruppin: EFG Neuruppin  
 Halle: SBH Südost GmbH  
 München: AWO München  
 Speyer: Melissa Müller  
 Fulda: Diakonie Fulda  
 Wuppertal: Medienprojekt Wuppertal  
 Immensen: Hendrik Alberts

## INTERRELIGIÖSE VERANSTALTUNGEN DIALOG MIT VIER WELTRELIGIONEN



Gleich zwei interreligiöse Veranstaltungen wurden 2019 im Rahmen der Interkulturellen Woche in Flensburg organisiert. Eine »Reise zu Fuß zu den Weltreligionen« und der Interreligiöse Dialog »Was glaubst Du?«

### Neuruppin



## GOTTESDIENST DEUTSCH UND PERSISCH



Einen besonderen Gottesdienst feierte die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Neuruppin im Rahmen der Interkulturellen Woche: Er fand auf Deutsch und Farsi statt als Teil einer »Deutsch-Persischen Gemeindeentwicklung«.

### Halle



## PROJEKT »WIR SIND DIE NEUEN ZEITZEUGEN«

In dem Projekt »Spurensuche« befassen sich Jugendliche mit dem Holocaust. Sie verfolgen den Weg deportierter Familien, erzählen und



verarbeiten die Erfahrungen in einem »Tagebuch der Gefühle« – gedruckt und als Video-Serie.

Hier stellen wir stellvertretend für die vielen großartigen Aktionen und Ideen acht Veranstaltungen vor. Über den QR-Code gelangen Sie direkt zur detaillierten Beschreibung auf unserer Homepage

[www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)

Hier finden Sie in der Rubrik »Good Practice« noch viele weitere Anregungen.

### München



## STAMMTISCH GEFLÜCHTETE UND NACHBARN BEIM STAMMTISCH ZUSAMMENBRINGEN



Schon bald nach der Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Lochhausen-Langwied machte sich die örtliche AWO Gedanken, wie sie die Nachbarschaft mit den Bewohnern zusammenbringen könnte. Die erfolgreiche Idee: ein Stammtisch.

Besonders wichtig werden in diesem Jahr Veranstaltungsformate sein, die auch unter Kontaktbeschränkungen stattfinden können.

Darüber informieren wir fortlaufend in unserer Rubrik »Die Interkulturelle Woche 2020 findet statt!«.

# INTERKULTURELLE WOCHEN: KURZ ERKLÄRT

Ein Animationsfilm zeigt, was die Aktionswoche ist und wo sie herkommt –  
Weitere Reihe mit dem Titel »IKW vor Ort«

Die Interkulturelle Woche findet jedes Jahr in mehr als 500 Städten und Gemeinden statt, rund 5000 Veranstaltungen werden dort organisiert. Das schlägt sich auch in den Medien nieder. Hunderte Berichte erscheinen vor, während und nach der IKW in lokalen und regionalen Medien – von der Vorstellung der Programme über Artikel zu einzelnen Veranstaltungen bis hin zu Bilanzgesprächen der Organisierenden. Das ist großartig! Trotzdem stellen wir immer wieder fest, dass nicht bekannt ist, wie groß und bundesweit verbreitet die Interkulturel-

le Woche eigentlich ist. Der Kontext, Teil eines viel größeren Ganzen zu sein, ist den Besucherinnen und Besuchern von Veranstaltungen der IKW häufig nicht bekannt – und manchmal noch nicht einmal den Organisierenden selbst. Das wollen wir ändern.

## ANIMATIONSFILM ZUR IKW

Darum hat die Agentur Nordsonne aus Berlin für und mit uns einen Animationsfilm kreiert, der erklärt, wo die Interkulturelle Woche herkommt, was ihre Ziele sind und was während der

IKW eigentlich passiert. Mit dem Film wenden wir uns vor allem an Menschen, die noch keine Berührungspunkte mit der IKW hatten oder die einmal davon gehört haben, aber nicht so genau wissen, worum es dabei eigentlich geht. Und wir richten uns durch das Design auch explizit an ein jüngeres Publikum, das wir auf die IKW aufmerksam machen und motivieren möchten, bei der Interkulturellen Woche mitzumachen.



Foto: OVA / Konstantin Börner-N

Gerade in Zeiten mit Kontakteinschränkungen kann der Animationsfilm als Inspiration für Ihre Kinder- und Jugendarbeit hilfreich sein, etwa im Unterricht oder der Konfigruppe.

Probieren Sie es aus – wir sind gespannt auf Ihre Rückmeldungen.





Weitere Texte zum Thema finden Sie auf unserer Homepage:

- Interview mit Markus Kaes, dessen Agentur das »IKW-Auge« erfunden hat | Steffen Blatt
- Was bewegt die IKW-Basis? – Dokumentation des Forums »Wir bleiben da« bei der IKW-Vorbereitungstagung 2020 | Steffen Blatt



[www.interkulturellewoche.de/ikw-vor-ort](http://www.interkulturellewoche.de/ikw-vor-ort)

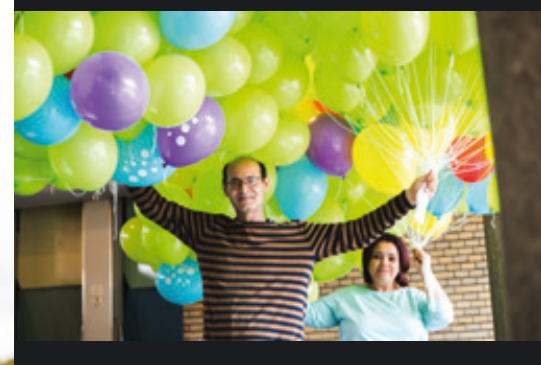
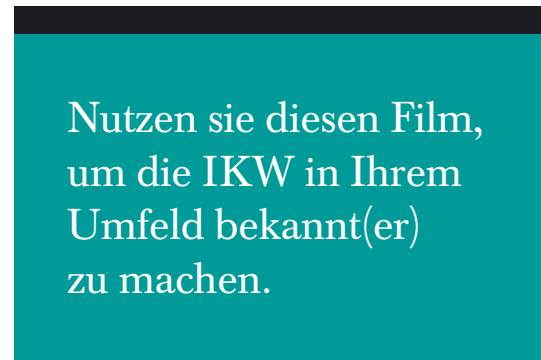
## VIDEOREIHE »IKW VOR ORT«

Zusätzlich starten wir in diesem Jahr unter dem Titel »IKW vor Ort« eine kleine Reihe mit weiteren Videos, die ebenfalls die Agentur Nordsonne produziert.

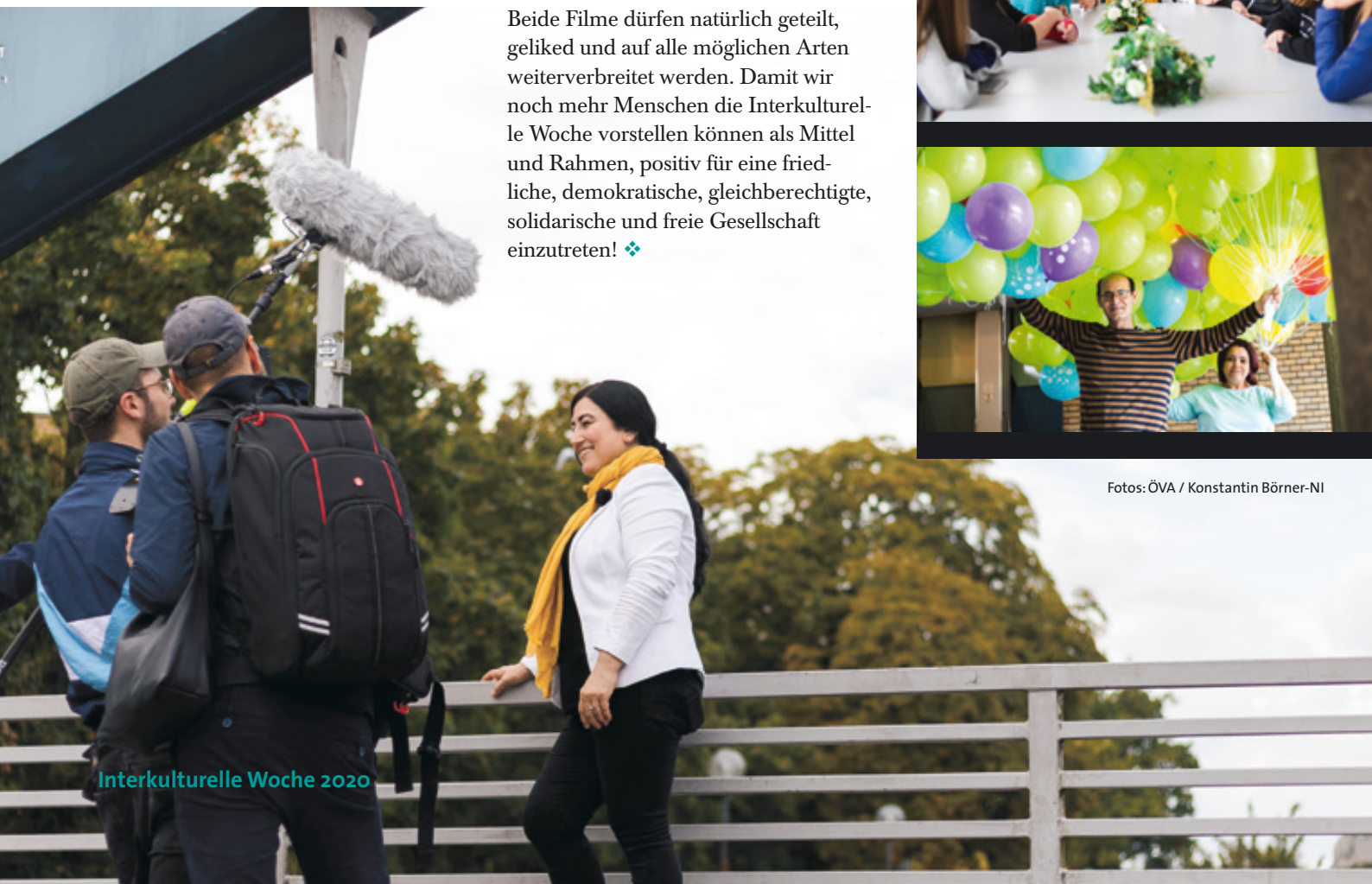
Im ersten Film begleiten wir Aysun Aydemir, die Integrationsbeauftragte von Lünen in Westfalen, einen Tag lang bei »ihrer« Interkulturellen Woche. Sie zeigt uns in beeindruckender Weise, was in einer Stadt möglich ist, wenn Organisierende, Stadtverwaltung und Schulen an einem Strang ziehen.

Nutzen Sie diesen Film, um die IKW in Ihrem Umfeld bekannt(er) zu machen. Zeigen Sie ihn, wenn Sie Ihre kommunalen Vertreterinnen und Vertreter von der Idee begeistern wollen, eine IKW in Ihrer Stadt mit zu organisieren oder wenn Sie Ihre seit vielen Jahren engagierten Protagonist\*innen vor Ort motivieren wollen, gute Konzepte weiter zu stricken und andere mit ins Boot zu holen. Der Film lässt sich auch nutzen, um Mittel bei Verwaltungen, Initiativen oder Stiftungen einzuwerben. Wir sind gespannt, wie Sie ihn nutzen und auf welche Resonanz Sie damit stoßen und freuen uns über Ihre Rückmeldung.

Beide Filme dürfen natürlich geteilt, geliked und auf alle möglichen Arten weiterverbreitet werden. Damit wir noch mehr Menschen die Interkulturelle Woche vorstellen können als Mittel und Rahmen, positiv für eine friedliche, demokratische, gleichberechtigte, solidarische und freie Gesellschaft einzutreten! ❖



Fotos: ÖVA / Konstantin Börner-NI



# WAS | WANN | WO?

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

**DIE IKW 2020 FINDET STATT!** Wir wissen nicht, was im September sein wird – vielleicht werden wir improvisieren müssen, vielleicht werden nicht alle Veranstaltungsformate so umgesetzt werden können, wie sie sich seit Jahren vor Ort bewährt haben. Vielleicht werden wir uns auf Neues einlassen müssen: Zeit auszuprobieren und kreativ zu sein, Zeit andere Wege zu finden und zu gehen. **Wir informieren fortlaufend auf unserer Homepage in der Rubrik »Die Interkulturelle Woche 2020 findet statt!«.**

**VERANSTALTUNGEN** Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche (IKW) in einer Datenbank auf der Homepage [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de). Ihre Programme für die Veranstaltungsdatenbank können sie selbst auf [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de) hochladen. Bitte senden Sie uns zusätzlich zu Dokumentationszwecken Ihre Programme weiterhin auch per Post zu: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, Postfach 160646, 60069 Frankfurt/Main.

**NEWSLETTER** Vier- bis fünfmal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und Good Practice-Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Sie können sich dafür auf unserer Homepage registrieren.

**GOOD-PRACTICE-RECHERCHE** In der IKW gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2021 vorstellen. Bitte mailen Sie uns (Kurz-) Berichte über gute Projekte – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung.

**BAUSTEINE FÜR GOTTESDIENSTE** Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der IKW verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt wurden, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung – per E-Mail an uns.

**SOCIAL MEDIA** Posten, teilen und liken Sie Artikel zur IKW auf [Facebook](#), [Twitter](#) oder [Instagram](#) unter dem **Hashtag #ikw2020**. Geben Sie uns einen Hinweis, wenn Sie etwas veröffentlichen, wir teilen Ihre Posts weiter. Besuchen Sie uns gerne auf Facebook und Instagram.

**UNSER HASHTAG:  
#IKW2020**

## INFORMATION ZUM TERMIN DER IKW

Früher galt die Regel: »Die IKW findet in der Regel vom Sonntag bis Samstag vor dem Erntedankfest statt.« Seit 2019 läuft die IKW immer von Sonntag bis Sonntag. Damit schließt sie auch den »Welttag des Migranten und Flüchtlings« ein, der von Papst Franziskus von Januar auf den letzten Sonntag im September verlegt wurde.

Auch zeigt sich mittlerweile, dass die meisten Interkulturellen Wochen Ende September beginnen, durchaus aber auch später starten und/oder länger als eine Woche dauern. Letztlich entscheidend für den Termin der IKW vor Ort ist die lokale Planbarkeit – auch wenn die IKW damit gelegentlich von dem vom ÖVA empfohlenen Termin abweicht.

Das jeweilige Motto der kommenden IKW steht in der Regel spätestens Ende November fest.

# TERMINE

## 2020

**Sonntag, 27. September:**  
Bundesweiter Auftakt der IKW in München.

**Sonntag, 27. September, bis Sonntag, 04. Oktober,**  
ist der empfohlene Termin für die IKW 2020.

**Freitag, 02. Oktober:**  
Tag des Flüchtlings.

## 2021

**19. und 20. Februar 2021:**  
Vorbereitungstagung zur IKW 2021 in Nürnberg.

**Sonntag, 26. September, bis Sonntag, 03. Oktober,**  
ist der empfohlene Termin für die IKW 2021.

**Freitag, 01. Oktober:**  
Tag des Flüchtlings.



[www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)

[www.facebook.com/interkulturellewoche.de](https://www.facebook.com/interkulturellewoche.de)

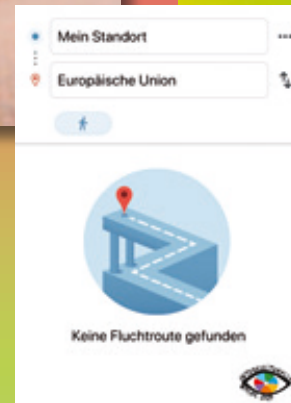
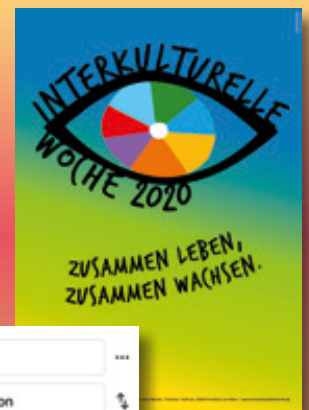
[www.instagram.com/interkulturellewoche](https://www.instagram.com/interkulturellewoche)

[info@interkulturellewoche.de](mailto:info@interkulturellewoche.de)

Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2020 können sie unter [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de) bestellen. Dort finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

→ Als Termin für die Interkulturelle Woche 2020 wird der Zeitraum 27. September bis 4. Oktober empfohlen

→ Freitag, 2. Oktober 2020, ist der Tag des Flüchtlings.



#### Herausgeber

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche  
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main  
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71  
E-Mail: [info@interkulturellewoche.de](mailto:info@interkulturellewoche.de)  
Im Internet: [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)  
Facebook: [www.facebook.com/interkulturellewoche.de](http://www.facebook.com/interkulturellewoche.de)  
Instagram: [www.instagram.com/interkulturellewoche](http://www.instagram.com/interkulturellewoche)

#### Vorstand

- Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
- Stellv. Vorsitzende: Dr. Beate Sträter, Schulreferentin und Mitglied der Synode der EKD, Bonn
- Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim

#### Weitere Mitglieder

- Erzpriester Eleftherios Argyropoulos, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Wuppertal
- Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland
- Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland, Berlin
- Günter Burkhardt, PRO ASYL e.V., Frankfurt/Main
- OKRin Sabine Dreßler, Kirchenamt der EKD, Hannover
- Kerstin Düscher, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin
- Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe, Fachstelle Interkulturell Evangelisch in Bayern, München
- Dr. Werner Höbsch, katholischer Theologe, Brühl
- Peter Jörgensen, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Berlin
- Thorsten Kirschner, Bundeskanzleramt, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
- Elena Knežević, Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband, Freiburg
- Razak Minhel, Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Dessau-Roßlau
- Volker Roßocha, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Berlin
- Dr. Lukas Schreiber, Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
- Monika Schwenke, Abteilung Migration/Integration, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.
- Canan Topçu, Neue Deutsche Medienmacher\*innen, Frankfurt/Main
- Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
- Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

#### Geschäftsführung:

Friederike Ekol, Frankfurt/Main

#### Redaktion:

Steffen Blatt, Friederike Ekol

#### Titelbild:

NORDSONNE IDENTITY, Berlin

#### Layout:

Wolfgang Scheffler, Mainz

#### Herstellung:

direct., Hamburg

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser\*innen wieder. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird insbesondere in allgemeinen Angelegenheiten durch den Präsidium des Kirchenamtes der EKD, Herrn Dr. Hans-Ulrich Anke, vertreten.